

— Zwanzigster Jahrgang. —

Nr. 14.**Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur**

für die Zeit vom 31. März bis 6. April 1911.

Posen, den 11. April 1911.

Aus den Blättern der Provinz Posen.Aus Nr. 76 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 2. April 1911:**An die polnischen Wähler des Wahlkreises Jarotschin—Koschmin—Krotoschin—Pleschen.**

Infolge des Todes des Prälaten Jazdzewski, des ehrwürdigen Vorsitzenden der polnischen Fraktion, ist das Abgeordnetenmandat zum preussischen Landtage des Wahlbezirks Jarotschin—Koschmin—Krotoschin—Pleschen vakant geworden. Die Ergänzungswahlen finden am Freitag, den 7. April d. Js., um 9 Uhr vormittags in Jarotschin im Schützenhause statt.

Auf Grund des § 9 des Wahlregulativs ernannte das unterzeichnete Komitee nebst den Kreisdelegierten zum Abgeordneten kandidaten des erwähnten Wahlkreises den

Geistlichen Josef Kurzawski aus Pakosch.

Indem wir diesen Beschluß zur Kenntnis der Wähler des Wahlbezirks Jarotschin—Koschmin—Krotoschin—Pleschen bringen, bitten wir unsere Wahlbehörden inständig, sich mit der Wahlagitation eifrig zu befassen, unsere Wähler dagegen bitten wir, die Wahlbehörden in der Agitationstätigkeit zu unterstützen und vollzählig am 7. April d. Js. ihre Stimmen unserm Kandidaten, dem Propst Josef Kurzawski aus Pakosch, zu geben.

Posen, den 1. April 1911.

Das Provinzialwahlkomitee für das Großherzogtum Posen.

Stefan Cegielski, Vorsitzender,
Julian Brzeski, stellv. Vorsitzender,
Dr. Krysiwicz, Schriftführer,
Michael Wiencowski, Schatzmeister.
Dr. Jackowski. Ladislaus Grabski. Dr. Kubacki.
Geistlicher Mojzykiwicz. Johann Zoltowski.

Aus Nr. 76 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 2. April 1911:

In der heutigen Sitzung des Provinzialwahlkomitees wurden in das Zentralwahlkomitee Geistlicher Rat Mojzykiwicz aus Priemont und Herr Ladislaus Grabski aus Kurzew delegiert.

Aus Nr. 75 des Postep (Posen)
vom 1. April 1911:**In Sachen des neuen Wahlregulativs**

erhalten wir aus Arbeiterkreisen folgendes Schreiben, welches wir als Volksstimme zwecks Information veröffentlichen.

St. Lazarus, den 31. März 1911.

Mit dem Inkrafttreten des neuen Wahlregulativs entstand in unserer Gesamtheit, und zwar in den breiten Kreisen des Volkes, eine immer größer werdende Unzufriedenheit. Während man früher in großen Versammlungen die Abgeordneten kandidaten, sowie auch die Delegierten unmittelbar mit Stimmenmehrheit wählte, führt jetzt im Gegensatz dazu das neue Wahlregulativ nach dem Vorbild des preussischen Wahlrechts ein mittelbares Wahlsystem ein. Es gibt den Komitees in der Richtung der Beeinflussung der Einzelnen, die ihren Eigenwillen protegieren, eine unbeschränkte Macht in die Hand. Wie ungerecht ein solches System ist, davon hatten wir Gelegenheit uns während der letzten Posener Wahlen zu überzeugen, wo die Kreiskomitees das Wahlregulativ verletzten und den Willen der überwiegenden Mehrheit der Wähler mit Füßen traten. Welche Folgen daraus entstanden sind, das ist noch in aller Erinnerung lebendig. Die Komitees säten Wind und ernteten Sturm. Die Posener Sezession war die erste Frucht, die auf dem Boden der gewissenlosen Ausübung der Gerechtigkeit gegenüber den breiten Volksmassen mit Hilfe des neuen Regulativs gewachsen ist.

In der Erkenntnis der Sachlage in den demokratisch-volksparteilichen Kreisen hat man bei den letzten Wahlen im Wahlbezirk Kosten-Schrimm-Schroda sich zur allgemeinen Befriedigung, nur um Parteikämpfe zu vermeiden, mit Kompromißkandidaten zufrieden gegeben.

Eine ebensolche Verständigung hätte auch in der Delegiertenversammlung erfolgen sollen, denn nimmt man die Sache gerecht, so war es mehr wie billig, zum Mitglied des Provinzialwahlkomitees einen Vertreter der demokratisch-volksparteilichen Kreise zu wählen, da schon sowieso die größere Zahl die Konservativen repräsentierten. Aber es ist direkt das Gegenteil geschehen; wie den demokratischen Kreisen zum Trotz hat man einen Konservativen reinsten Wassers gewählt. Ist das keine Herausforderung? Nur dazu haben in bedeutendem Maße die Geistlichen beigetragen, die immer verkündigen, daß die Kirche auf Seiten der Schwächeren stehe und jeder das erhalten solle, was ihm gebühre. Wo bleibt hier das Taktgefühl?

Die Verhältnisse haben sich bei uns so gestaltet, daß die polnische Gesamtheit angesichts des gemein-

samen Gegners geschlossen gehen muß. Daher müßte man auch alles vermeiden, was geeignet wäre, Unzufriedenheit hervorzurufen. Gerade die Geistlichen, welche sich zur Politik drängen, müßten vermittelnd und nicht herausfordernd wirken. Es ist direkt merkwürdig, wie die geistliche Behörde der konservativen Politik nachgibt und konservativen Kandidaten bei der Annahme des Mandats niemals Schwierigkeiten bereitet. Geht es aber um einem Geistlichen mit demokratischer Überzeugung, so stellt sie irgendwelche Schwierigkeiten in den Weg. Beispiele davon haben wir aus dem Kreise Kosen, als es um die Kandidatur des Geistlichen Styczynski ging, gehabt, und jetzt wiederum ist der Fall mit dem Geistlichen Kurzawski zu verzeichnen. Betreibt die geistliche Behörde Politik, so dürfte sie sich aber nicht in Parteiverhältnisse einlassen.

Ein Geistlicher beklagte sich, daß in den Versammlungen anlässlich der letzten Wahlen in dem Wahlkreise Posen Stimmen gegen die Geistlichen laut wurden, daß während des Kulturkampfes es anders gewesen sei, da sei das Volk mit den Geistlichen Hand in Hand gegangen. Mit Verlaub, Ehrwürden! Damals ging es um die teuersten Ideale, um den Glauben; bei den Wählerversammlungen geht es aber um die Politik. Sieht das Volk, daß die Geistlichen den von ihm gewünschten Kandidaten nicht unterstützen, sondern sich hinter den Rücken der Konservativen verstecken oder den Konservativen als Deckung zur Bekämpfung des gesunden politischen Gedankens dienen, so bekämpft das Volk die Geistlichen nicht als solche, sondern als Politiker. Wollen die Geistlichen den Willen der Wählermajorität nicht anerkennen und vermittelnd wirken, so wäre es besser, wenn sie sich mit Politik überhaupt nicht beschäftigen würden.

Wie fast alle Volkszeitungen schreiben, ist die Wahl der Delegierten eine sehr wichtige Sache. Mit dieser Wahl steht es so, daß die Mehrzahl der Wähler sich keine Rechenschaft darüber gibt, wen sie wählt, weil sie die Überzeugung der einzelnen Personen nicht kennt. Das wissen die Einzelnen, aber nicht die Gesamtheit.

Es würde gut sein, beim Vorschlagen der Kandidaten, sei es zu Abgeordneten oder Delegierten, gleichzeitig anzugeben, welcher Partei der betreffende Kandidat angehört. Dieses würde der volksparteilichen Politik zum Vorteil gereichen. Darin liegt der Kern der ganzen Sache. Die volksparteilich-demokratische Partei müßte dahin streben, beim Auftauchen einer Kandidatur den Wählern zu sagen, welcher Partei der Träger derselben angehört. Doch nicht nur das. Die Zeitungen müßten dem Volke klar machen, was Konservatismus und was Demokratie bedeuten; dann erst wird das Volk zum Selbstbewußtsein gelangen.

Unsere Konservativen nützen das Volk zu ihren Zwecken aus. Geht es um Erhöhung des Deputats oder des Lohnes, so verreisst so ein Komiteemitglied zu Neujahr, und der Verwalter sagt dann: „Ich kann Euch nichts erhöhen, denn der Gutbesitzer ist verreist, macht was Ihr wollt.“ Bei den Wahlen wird dieses Volk gezwungen, seine Stimme dem konservativen Kandidaten zu geben. Wenn die Konservativen auch weiterhin die breiten Massen des Volkes so reizen werden, so kann es noch zu einem größeren Bruch kommen, als es der war, dessen Zeugen wir kürzlich waren; ja es kann dazu kommen, daß auch die Zeitungen sich nicht mehr neutral verhalten werden. Mögen die Konservativen aus der letzten Sezeßion die Lehre ziehen, daß das Volk sich nicht an der Nase herumführen läßt.

Die allgemeinen Wahlen rücken näher heran. Mögen die maßgebenden Faktoren sich es gut überlegen, um die Wahlaktion ohne Abbruch für die nationale Sache durchzuführen. — Bei dieser Gelegenheit wollte ich die öffentliche Meinung anfragen, ob derjenige, der

sojcheres Fleisch von Juden bezieht, würdig ist, das Amt des Vorsitzenden eines Kreiswahlkomitees zu bekleiden?
Arbeiter St. B.

Aus Nr. 74 des Dziennik Berlinski (Berlin).
vom 31. März 1911:

Die Kandidatur des Herrn Boleslaus Kasprowiez.

Von geschätzter kaufmännischer Seite wird uns geschrieben:

Wir haben in manchen Zeitungen des Großherzogtums gelesen, daß im Kreise Gnesen-Witkowo Herr Boleslaus Kasprowiez, der Besitzer der bekannten Weltfirma, als Kandidat aufgestellt worden ist, und zwar an Stelle des bisherigen Abgeordneten dieses Kreises für den Reichstag, des Herrn Leon Grabski, der ein Mandat nicht mehr annehmen will.

Die polnische Kaufmannschaft, deren Zierde Herr Kasprowiez ist, und die sich in der letzten Zeit so herrlich entwickelt und organisiert hat, hat diese Kandidatur mit Freuden begrüßt, denn sie ist mit Recht der Ansicht, daß ihr im Areopag unserer Abgeordneten ein besonderer Vertreter zusteht, und zwar ein Vertreter wie Boleslaus Kasprowiez, der durch seine Berufsinelligenz, seine seltene Energie, seine Ausdauer und seinen emsigen Fleiß aus kleinen Anfängen eine Fabrik geschaffen hat, deren Produkte heute mit den Erzeugnissen der größten Fabriken dieser Art, die Welt ruft besitzen, erfolgreich konkurrieren.

Wenn heute unsere Landwirtschaft und die freien Stände in unsern Abgeordnetenfraktionen ihre Vertreter haben — und zwar verhältnismäßig zahlreiche wenn die polnischen Arbeiter in der Reichstagsfraktion einen eigenen Vertreter in der Person des Herrn Stanislaus Nowcki besitzen, so ist es vollkommen berechtigt, daß auch der heute starke und sich immer günstiger entwickelnde Kaufmannsstand in den Fraktionen vertreten ist und zwar durch einen Fachmann von der Bedeutung des Herrn Boleslaus Kasprowiez in Gnesen.

Der polnischen Fraktion würde ein solcher Fachmann sehr zu statten kommen, und zwar besonders jetzt, wo nach nicht allzu langer Zeit die wichtige Frage der Schutzzölle auf der Tagesordnung des neugewählten Reichstages erscheinen wird. Das Fehlen eines solchen Fachmannes hat sich der Fraktion bereits bei der sogenannten Finanzreform empfindlich bemerkbar gemacht, z. B. bei der Frage der Erhöhung der Zigarettensteuer. Diese Angelegenheit ruhte damals in der Fraktion in der Hand eines Menschen, der von ihr absolut nichts verstand und auch nicht verstehen konnte. Ebenso verhielt es sich mit der Angelegenheit der Spiritussteuer. Wer weiß, ob die Angelegenheit der sogenannten Finanzreform in der Fraktion nicht eine andere, für unsere Volksgesamtheit günstigere Wendung genommen hätte, wenn in ihr ein erfahrener Kaufmann seinen Sitz gehabt hätte.

Deshalb müssen wir Kaufleute aus praktischen und grundsätzlichen Gründen verlangen, daß für die nächsten Reichstagswahlen ernsthaft die Kandidatur eines hervorragenden Kaufmanns aufgestellt und durchgeführt wird. Als solchen schlagen wir Herrn Boleslaus Kasprowiez vor, der in unserm Beruf eine hervorragende Stellung einnimmt und allgemein als intelligent, arbeitssamer Mensch und als Pole ohne Tadel bekannt ist.

Er hat bis jetzt vielleicht aus allzu großer Bescheidenheit nicht kandidiert, wir sind aber der Ansicht, daß er, falls ihm die Volksgesamtheit ein Mandat

anbieten würde, es auch annehmen und gewissenhaft ausfüllen würde, da er infolge seiner ausgedehnten Geschäftsverbindungen sich schon sowieso häufig in Berlin aufhalten muß.

Vielleicht ist er in Beantwortung dieses hier aufgeworfenen Gedankens so gütig, sich zu erklären, ob er im gegebenen Falle ein Mandat annehmen würde.

Aus Nr. 78 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 5. April 1911:

Die Kandidatur des Herrn Wołosław Kasprowiez.

Herr Kasprowiez teilt uns mit, daß, wenn er sich auch um ein Mandat nicht bemüht habe und in dieser Hinsicht auch keinerlei Schritte unternehmen würde, er dennoch ein Mandat, falls es ihm von seinen Landsleuten angeboten werden sollte, gern annehmen würde, und er verspricht, es im Falle seiner Wahl gewissenhaft auszufüllen.

Aus Nr. 73 des Lech (Gnesen)
vom 30. März 1911:

Bethmann Hollweg ist General geworden.

Wer in Preußen eine Rolle spielen will, der muß irgend eine militärische Charge besitzen, die höher steht, als alle sogar sehr hohe Ämter. Der Richter, der Gymnasialprofessor, der Regierungsrat usw. versehen nicht, auf ihren Visitenkarten hinzuzufügen, daß sie „Leutnant der Reserve“ sind, denn erst dieser Umstand verleiht ihnen den gehörigen Glanz und das richtige Ansehen. Deshalb legen sogar die allerhöchsten Staatsbeamten bei feierlichen Gelegenheiten, wie z. B. bei der Eröffnung des Reichstages oder des Landtages, Uniform an. Wer von diesen nicht das Recht hat, eine Uniform zu tragen, der empfindet selbst seine Niedrigkeit gegenüber den andern. Deshalb befand sich auch der heutige Reichskanzler von Bethmann Hollweg in großer Verlegenheit, als ihn der Kaiser auf diesen Posten berief, weil er sich auf seinen Visitenkarten nur nennen konnte: „Reichskanzler und Leutnant der Reserve“, und er auch nicht das Recht hatte, eine Uniform zu tragen. Der Kaiser, der die Räte seines ersten Ministers sah und ihm den entsprechenden Glanz verleihen wollte, verlieh ihm das Recht, die Uniform zu tragen und machte ihn sofort zum Major. Jetzt paradierte der fünfte Kanzler des Deutschen Reiches bei feierlichen Gelegenheiten, wie z. B. bei der Eröffnung des Reichstages, in der Uniform eines Majors vom 1. Gardedragoneregiment. So oft sich die Sozialisten mit der Person des Reichskanzlers befaßten mußten, huldigten sie boshafterweise auch stets seinem militärischen Rang, indem sie ihn „Herr Major Bethmann Hollweg“ nannten, was anfänglich im Reichstage große Heiterkeit hervorrief. Das Unpassende einer solchen Situation empfanden anscheinend der Reichskanzler und ebenfalls auch der Kaiser, der anlässlich der Indienstellung des Kriegsschiffes „Kaiser“ den Reichskanzler zum Generalmajor ernannte. Auf diese Weise ist erst das höchste Amt im Deutschen Reich durch die Verleihung eines hohen militärischen Ranges vervollständigt und ergänzt worden. Jetzt wird sich kein Sozialist mehr über den Major Bethmann lustig machen können, denn vor das Wort „Major“ ist jetzt das Wort „General“ getreten.

Aus Nr. 75 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 1. April 1911:

Mit Bezug auf die Anwendung der

lex Abides

auf Posener Verhältnisse schreibt das Blatt u. a.:

Soweit es sich tatsächlich um eine Besserung der überaus kläglichen Wohnungsverhältnisse handeln sollte, kann man einem solchen Projekt nur Beifall spenden. Klagen doch unsere Arbeiterreise nicht seit heute darüber, daß sie fast in Höhlen wohnen müssen, wie sie einer „Residenzstadt“ nicht würdig sind, die mit ihrem Kaiserpalast und mit anderen staatlichen Bauten paradiert, welche Millionen verschlungen haben und niemandem, höchstens der Annehmlichkeit einiger Hundert Ausgewählter dienen. Im Namen dieser Kreise, die ihre eigene Hintansetzung um so schmerzlicher fühlen, wenn sie jene prächtigen Gebäude sehen, forderten neulich in der Stadtvertretung nicht allein unsere Stadtverordneten, sondern auch Deutsche eine Besserung der Wohnungsverhältnisse. Die dringende Notwendigkeit einer solchen Besserung besteht also.

Doch ob die auf unsere Verhältnisse angewandte lex Abides ihrem Zweck entsprechen wird? Das ist eine Frage, die eher im verneinenden, als im bejahenden Sinne zu beantworten ist. Der Magistrat hätte und sollte Mittel finden sollen, die zu diesem Ziele führen ohne die Landtagsmaschine in Bewegung zu setzen, welche ihm ein in unseren Verhältnissen zweischneidiges Schwert in die Hand geben will, ein Recht, das fast einem Enteignungsrecht zu Bauzwecken gleichkommt.

Wir sehen hier von der Tatsache ab, daß das Projekt eine gewisse Beunruhigung unter den Hausbesitzern wachruft (es hat dem in der letzten Stadtverordnetenversammlung der Stadtverordnete Viktor Ausdruck verliehen), welche eine Verschlechterung ihrer Existenzbedingungen befürchten. Aber wir möchten darauf hinweisen, daß unter unseren Verhältnissen die lex Abides böse werden kann, sofern die Vollstrecker derselben hier und da sich von nationalen Rücksichten leiten lassen sollten. Daß das bei uns möglich ist, das brauchen wir wohl nicht erst zu beweisen.

Aus diesen Gründen sollten sich mit dem Projekt sowohl unsere Abgeordneten, als auch die Mitglieder der Posener Stadtverordnetenfraktion gründlich befassen.

Aus Nr. 71 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 28. März 1911:

Reklame der ostdeutschen Ausstellung im Königreich Polen.

Wie wir erfahren, versendet das Bureau der ostdeutschen Ausstellung in Posen ganze Transporte von Plakaten in polnischer und russischer Sprache ins Königreich. Es handelt sich natürlich darum, polnisches Publikum aus dem Königreich für die Ausstellung zu kapern. Das ist wahrhaft kaufmännischer Geist! Hier inszenierte man die Ausstellung als nationaldeutsches Unternehmen und schließt die polnische Sprache von überall offiziell aus, um aber die Leute aus dem Königreich anzulocken, versendet man polnische Plakate. Wir hoffen, daß unsere Landsleute im Königreich auf diesen Leim nicht gehen werden.

Aus Nr. 77 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 4. April 1911:

In einem Artikel über die Ausstellung in Posen heißt es zum Schluß:

„Unser Fuß darf die Ausstellung nicht betreten, in welcher man den Triumph der preussischen Kultur über das polnische Elend, über die polnische Wirtschaft zeigen will.“

Aus Nr. 72 des Oredownik (Posen)
vom 29. März 1911:

Die Hauptversammlung des Strachvereins. (Schluß.)

Die Monatschrift Strach.

Herr Dr. Schroeder berichtet, die im Dezember gegründete Monatschrift solle die leitenden Organe mit den örtlichen Vereinen und deren Mitgliedern verbinden, denen sie Material liefere, besonders in rechtlich-politischer Hinsicht. Die Monatschrift erledige zugleich die Angelegenheit der Beiträge für die Hauptkasse, das Abonnement bilde nämlich diesen Beitrag. Die bisherige Form der Beitragserhebung habe einen allzu schwerfälligen Apparat erfordert. Alle lebensfähigen Vereine abonnierten die Monatschrift. Die Einnahme aus den Inseraten decke die Verlagskosten. Von der ersten Nummer seien 8000, von der zweiten 4000, von der dritten 4500 verandt worden.

Die lokalen Vereine.

Die Fremde. Der Referent Herr Dr. Niegolewski weist auf die besondere Hauptversammlung der westfälischen Vereine in Herne hin und kündigt eine neue Zusammenkunft für den Mai in Essen an. Im Westen herrsche große Begeisterung für die Strach. Die Monatschrift gefalle sehr, und die dortigen Landsleute wünschten warm, daß der Strachverein bei der Unterbringung ihrer Jungen in den Werkstätten in der Heimat vermittele.

Die Heimat. Die Diskussion eröffnet Herr Dr. M. Seyda, welcher hervorhebt, daß die Entwicklung der lokalen Vereine in der Heimat im umgekehrten Verhältnis stehe zu dem Fortschritt der leitenden Organe des Strachvereins. Die Vereine hätten überwiegend ihren Zweck und ihre Pflicht, die nationale Agitation von Mund zu Mund zu organisieren, nicht begriffen; da aber, wo sie dieselbe begriffen hätten, vermöchten sie Arbeitswillige nicht zu finden. Und doch werde die Volksgemeinschaft früher oder später, ob nach zehn oder nach zwanzig Jahren, wenn der Sprachenparagraph den Rest vollführen werde, die Bahnen beschreiten müssen, welche der Strachverein weise, indem er die Aufklärungsarbeit am häuslichen Herd empfehle. Man dürfe nur nicht unlustig werden und müsse unermüdlich Wege suchen zur praktischen Durchführung der Arbeit; dabei müsse man stets mit den lokalen Verhältnissen und Bedingungen rechnen. Die vier Posener Vereine hätten sich jetzt zu einem zusammengeschlossen; dieser habe Damen an sich herangezogen, welche sich zur Agitation am häuslichen Herd besonders eigneten.

Herr Grimsman = Danzig: Der Danziger Verein sei vor einigen Monaten aufgelebt. Er zähle jetzt zwanzig und einige Mitglieder, die er zu Rednern ausbilde. Der Verein bitte um eine Spende zur Deckung der Saalkosten.

Herr Piasecki = Zydowo beschwert sich über polizeiliche Schwierigkeiten, welche eine Reihe von Monaten die Tätigkeit gelähmt hätten. Jetzt sei es wieder besser. Die Mitgliederzahl betrage über zwanzig.

Herr Lebie dzinski = Gnesen bemerkt, der Verein habe 25 Mitglieder, er habe jedoch bisher nicht gearbeitet. Vom Vorstandstisch macht man darauf aufmerksam, daß Gnesen allein 1000 Fibeln erhalten habe, es habe also vorzügliche Gelegenheit gehabt, die Agitation in den Häusern zu beginnen. Man müsse die Tätigkeit auf einen Stadtteil, besonders auf einen von Arbeitern bewohnten, beschränken.

Herr Wojciechowski = Powidz beschwert sich über die Polizei. Die älteren Wirte betrachteten den Strachverein mit übelwillen. Trotzdem seien 90 Mitglieder vorhanden, darunter 40 Damen. Außer dem schwachen Rustikalverein gebe es in Powidz keine Vereine.

Herr Krysztosiaf = Szczytniki bei Gnesen hebt hervor, der Strachverein beruhe dort auf den jungen Leuten. Er befaße sich mit der Agitation in den umliegenden 11 Dörfern. Manchmal biete er nur die Anregung z. B. zu Abendunterhaltungen in den umliegenden Dörfern, und solche würden dann von privaten Komitees durchgeführt. Mitgliederzahl 23, Versammlungen allmonatlich. Der Geist ist ein guter. Das Referat rufte lebhafteste Befriedigung hervor.

Satzungsänderung.

Es referiert Herr Dr. Wl. Mieczkowski. Es handelt sich um drei Änderungen. 1. Auf Wunsch der Polen im Westen soll im § 2, welcher die Zwecke des Vereins betrifft, hinzugefügt werden: „Zweck ist auch, im Bedarfsfalle den Wahlbehörden bei der Durchführung der Wahlagitation zu dienen.“ Den Wunsch der Polen im Westen unterstützen die Delegierten der Vereine Danzig und Szczytniki. 2. § 9 soll dahin lauten, daß jedes Mitglied mindestens Beitrag zu Gunsten des Vereins bezahlt, und außerdem verpflichtet ist, die Monatschrift zu abonnieren. Die Vereine senden außer dem Abonnement an die Hauptkasse keinen Beitrag mehr. 3. Im § 4 der Verbandsatzungen werden die wirtschaftliche Sektion und das Institut der Starosten, weil nicht mehr bestehend, gestrichen.

Bervollständigung des Rats.

Von den 15 Mitgliedern des Rats ist eins von selbst ausgeschieden: Herr Kammerherr Gegielski; aus- gelost wurden die Herren Dr. Niegolewski, Konsistorial- rat Mizerski, Dr. Mieczkowski und Dr. Schroeder. Sie wurden wiedergewählt, und ferner Herr Wozniczka aus Posen hinzugewählt.

Schluß.

Bei der freien Aussprache wurden geringfügigere Sachen berührt. Die eingegangenen Briefe wurden dem Vorstand überwiesen. Herr Dr. Niegolewski schloß die Versammlung mit einer entsprechenden Anregung zum Weiterarbeiten und mit der Versicherung, die Leiter des Strachvereins würden sich durch nichts unlustig machen lassen. Auf Antrag des Herrn Lebie dzinski dankte man der Leitung durch Erheben von den Plätzen.

Aus Nr. 72 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 29. März 1911:

Die Verbandsbank der Erwerbsgenossen- schaften in Posen.

Im laufenden Jahre begeht die Bank das fünf- undzwanzigjährige Jubiläum ihres Bestehens. Dem Bericht für 1910 entnehmen wir die nachstehenden Einzelheiten.

Hinsichtlich des erzielten Ergebnisses war das Berichtsjahr ebenso günstig wie die Vorjahre. Einen

bedeutenden Teil des verflossenen Jahres hindurch betrug der Reichsbankdiskont vier und fünf Prozent. Angesichts dessen wurden für Lombard-Darlehen fünf und sechs Prozent erhoben. Im Durchschnitt betrug der Reichsbankdiskont 4,35 Prozent gegen 3,92 Prozent im Jahre 1909. Trotz dieser ungünstigen Gestaltung des Zinsfußes erfüllte der Vorstand seine Aufgabe getreu, indem er den Genossenschaften und der Privatschuldverschaffung mit möglichst wohlfeilem Kredit diente. Ohne Rücksicht auf die Höhe des Reichsbankzinsfußes gewährte er fast das ganze Jahr hindurch den Genossenschaften Darlehen zu 5 Prozent, gegen Ende des Jahres zu 5½ Prozent, wobei gleichzeitig denselben Genossenschaften für die von ihnen momentan deponierten überflüssigen Kapitalien 4—4½ Prozent gezahlt wurden, je nach den Fälligkeitsterminen.

Der Gesamtumsatz hat sich von 606866088,23 Mk. im Jahre 1909 auf 637682664,58 Mk. gehoben. Entsprechend stiegen alle Erwerbskonten.

Der Wechselbestand betrug Ende 1909 20994147,42 Mk., im Rechnungsjahre wurden Wechsel-
darlehen gewährt bzw. prolongiert
mit 56184447,28 „
77278594,70 Mk.

im Laufe des Jahres wurden reguliert 53355620,02 „
Ende Dezember 1910 waren im Portefeuille Wechsel mit 23822974,68 Mk.

Das Wechselportefeuille hat sich also um 3 Mill. Mark gehoben.

Das Hypothekenskonto betrug am Ende des Jahres 2105649,67 Mk. Die Hypotheken sind zu einem bedeutenden Teile erstklassige und zumteil auf Bauernbesitz angelegt, der von anderen Instituten oder Privatpersonen parzelliert wurde, sowie auch auf größeren Gütern.

Der auf Kontokorrent Privatpersonen gegen entsprechende, gewöhnlich hypothekariische Sicherheit gewährte Kredit betrug Ende 1909 7232731,43 Mk.,

im Laufe des Rechnungsjahres betrugen die auf Kontokorrent gewährten Quoten 34265835,02 „
zusammen 41498566,45 Mk.

Im Laufe des Jahres wurden abgezahlt 34590732,41 „

Die Schuldner schuldeten also Ende 1910 6907834,04 Mk.

Auf Kontokorrent oder dem sogenannten Depositionskonto betrug das Saldo der in unserer Bank deponierten Kapitalien Anfang 1910
von Privatpersonen 20684949,50 Mk.,
von Genossenschaften 8489364,64 „
zusammen 29174314,14 Mk.

Im Laufe des Rechnungsjahres flossen ein
von Privaten 68043946,09 Mk.,
von Genossenschaften 39061794,44 „ 107105740,53 Mk.

Die auf diese Konten eingezahlte Gesamtquote ist 136280054,67 Mk.,

Im Rechnungsjahre abgehoben
von Privaten. 63931134,27 Mk.,
von Genossenschaften 39486080,50 „ 103417214,85 „

Auf 1911 wird übertragen 32862839,82 Mk.

Die Bank besitzt drei Immobilien, und zwar das Hausgrundstück Wilhelmstr. 26, in welchem die Bankräume sich befinden, 26 Morgen Land in Głowno und

ein Haus in Wilba. Das Grundstück Wilhelmstr. 26 hat über 1700 qm Fläche, der Anlagewert beträgt buchgemäß 443331,48 Mk. Der Amortisationsfonds beträgt gegenwärtig 35000 Mk. Die jährliche Pacht für die Wohnungen und die Bankräume beläuft sich einschließlich der Wohnungen der Boten und des Hauswächters auf 24430 Mk. Das Grundstück in Głowno ist unbebaut, wurde im Jahre 1899 für 21629,50 Mk. erworben und ist gegenwärtig zu 14 Mk. pro Morgen verpachtet. Wenn das Grundstück verkauft werden wird, dürfte zweifellos ein entsprechender Gewinn daraus erwachsen. Das Haus in Wilba, Kronprinzenstr. 76 war die Bank bei der Zwangsversteigerung vom 6. März 1906 für 79648,99 Mk. anzukaufen gezwungen.

Die Einnahme an im Rechnungsjahre erhobenem Diskont und Provision beträgt 2203505,05 Mk. Die ausgezahlten und zugeschriebenen Zinsen pro 1910 betrugen 1487564,74 Mk. Das Verwaltungskonto betrug 1909 — 181501,90 Mk., im Jahre 1910 216450,17 Mk. Es stieg also um 34948,27 Mk. Die höheren Verwaltungskosten wurden veranlaßt durch die Zahlung höherer Steuern, die Gehaltserhöhung und den Mehrbedarf an Beamten. Das Bankpersonal setzte sich aus 40 Personen zusammen.

Zusammensetzung des Aufsichtsrats.

Name	Stand	gewählt bis zur Generalversammlung im Jahre
St. Cegielski	Kammerherr, Vorsitzender des Aufsichtsrats	1911
J. v. Glembocki	Justizrat, Vertreter des Vorsitzenden	1913
St. Krysiwicz	Rentner, Schriftführer des Aufsichtsrats	1912
B. Koteci	Dekan	1913
J. Leitgeber	Fabrikbesitzer	1915
M. Bogulinski	Genossenschaftsdirektor in Schroda	1912
J. v. Chlapowski	Rittergutsbesitzer, Rzegocin	1913
Dr. Rzepnikowski	Volksbankdirektor, Löbau (Westpr.)	1911
Dr. J. Rarchowski	Volksbankdirektor, Rions	1912
Dr. J. Szostakowski (verstorben)	Aufsichtsratsvorsitzer der Genossenschaft in Ostrowo	1911
St. Siforski	Gutsbesitzer, Gr. Chelm (Westpr.)	1915
Dr. v. Wolzlegier	Dekan, Pienionskowo	1914
Napieralski	Redakteur	1915
St. Malinowski	Fabrikbesitzer, Schrimm	1914
B. Randziora	Vorwerksbesitzer	1914

Kurator:

Domherr St. Adamski, Kurator der Erwerbsgenossenschaften seit dem 12. Januar 1911.

Vorstand:

Michael Wienkowski, Direktor.
Wladislaus Tomaszewski, Vertreter des Direktors.

Aus Nr. 75 des Oredownik (Posen)
vom 1. April 1911:

Die Hauptversammlung der Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaften

fand gestern vormittag im Sitzungs-
saale der Bank statt in Gegenwart von ungewöhnlich zahlreich versammelten

Aktionären, welche, wie später festgestellt wurde, 16 287 Stimmen repräsentierten.

Die Versammlung eröffnete und leitete der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Kammerherr Cegielski, der bemerkte, daß die diesjährige Hauptversammlung die fünfundzwanzigste seit der Gründung der Bank sei. Er bot in seiner umfangreichen einleitenden Ansprache einen allgemeinen Überblick über die Geschichte der Bank. Von den 21 Gründern derselben sind nur noch sieben am Leben. An Jubilaren zählt die Verbandsbank drei, und zwar zwei Mitglieder des Aufsichtsrats, Herrn Kammerherrn Cegielski und Herrn Nikolaus Bogulinski-Schroda, sowie das Vorstandsmitglied Herrn Rynarzewski. Für die ausdauernde Arbeit am Wohle der Bank drücken die Versammelten den Jubilaren ihren Dank aus.

Sodann widmete Kammerherr Cegielski einen herzlichen Nachruf dem Kurator Wawrzyniak und dem ersten Kurator, Pfarrer Dr. Szamarzewski, sowie dem ersten Direktor der Bank, Dr. Kusztelan, und dem im verfloffenen Jahre verstorbenen Aufsichtsratsmitgliede Dr. Szostakowski. Das Andenken der Genannten wurde durch Erheben von den Plätzen geehrt. Schließlich stellte Herr Cegielski den Versammelten den jetzigen Kurator der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und der Bank vor, und nannte ihn den würdigen Nachfolger des Prälaten Wawrzyniak.

Nach der Ansprache des Vorsitzenden nahm das Wort der Direktor der Bank, Wienckowski, zum Bericht über die Tätigkeit der Bank im verfloffenen Jahre. Sodann erstattete Konfistorialrat und Dekan Kotecki in Vertretung des erkrankten Schriftführers des Aufsichtsrats, St. Krysiwicz, den Bericht des Aufsichtsrats bzw. der Revisionskommission. Schließlich bot der Kurator Adamski einen kurzen Überblick über die Tätigkeit der Bank als deren Kurator. Aus dieser Ansprache verdient hauptsächlich eine Einzelheit Erwähnung, nämlich die an die Adresse der Genossenschaften gerichtete Warnung, den Kredit der Verbandsbank nicht zu mißbrauchen.

Über die Berichte entspann sich eine Diskussion, in welcher das Wort nahmen die Herren Dr. Karasiwicz-Tuchel, Propst Dr. Bolt-Srebrniki, Propst Dr. Strzyblewski-Punitz, der stellvertretende Kurator, Dr. Rzepnikowski und der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats Justizrat Glembocki.

Mit der vom Aufsichtsrat vorgeschlagenen Gewinnverteilung war die Versammlung einmütig einverstanden. Ebenso einmütig bestätigte die Versammlung die vorgelegte Bilanz und erteilte dem Vorstände und dem Aufsichtsrate Entlastung. Zugleich stimmt die Versammlung dem Antrage des Aufsichtsrates zu, daß die eigentlich erst am 1. Juli fällige Dividende in Höhe von 6 % gleich nach der Hauptversammlung gezahlt werde.

Im weiteren Verlauf der Beratungen wurde zur Wahl dreier Aufsichtsratsmitglieder an Stelle zweier ausscheidender und eines dritten, verstorbenen Mitgliedes geschritten. Fast einstimmig wurden die Herren Cegielski und Dr. Rzepnikowski wiedergewählt und an Stelle des verstorbenen Dr. Szostakowski mit Stimmenmehrheit Pfarrer Dr. Surzynski-Kosten neugewählt.

Schließlich wurde die Genehmigung erteilt zum Umschreiben der Aktien auf die neuen Erwerber, welche der Vorsitzende vorher einzeln mit Namen nannte.

Nach Verlesung des notariellen Protokolls durch Justizrat Cichowicz schloß Kammerherr Cegielski die Versammlung.

Aus Nr. 39 der Gazeta Krotoszyńska (Krotoschin) vom 31. März 1911:

Bericht der Kasse der kleinen Spareinlagen (Kasa drobnych oszczędności).

I. Rechnung der Einnahmen und Ausgaben im Jahre 1910.

Einnahmen Mark		Ausgaben Mark
	1. Bestand aus dem Jahre 1909	
310,82		
3 673,10	2. Depositen	4 709,18
22,50	3. Verwaltung	120,10
895,00	4. Banken	
	5. Bargeld	72,19
4 901,47		4 901,47

II. Gewinn- und Verlustrechnung.

Gewinn Mark		Verlust Mark
519,50	Zinsen vom Kapital	
	Der Kasse zugeschriebene Zinsen	322,40
22,50	Verwaltung	120,10
	Zulage	99,55
542,05		542,05

III. Rechnung der Depositen zur Auszahlung.

	Mark
Am Schluß des Jahres 1909 waren Depositen zur Auszahlung für	11 290,35
Im Jahre 1910 sind neue Depositen hinterlegt worden für	3 673,10
Für das Jahr 1910 zugeschriebene Zinsen	322,40
	10 576,67

IV. Bilanz.

Activa Mark		Passiva Mark
2 406,55	Hinterlegtes Kapital in der Darlehnskasse (Nr. 3664)	
8 370,15	Hinterlegtes Kapital in der Bank kupiecki (Fol. 1717)	
72,19	Bargeld	
	Depositen zur Auszahlung ...	10 576,67
	Reservefonds	172,67
	Gewinn im Jahre 1910	99,55
10 848,89		10 848,89

Die im Jahre 1910 ausgezahlten Depositen haben die Spareinlagen überschritten. Dieses ist deshalb geschehen, weil die bisherige Filiale in Skalmierischütz selbständig geworden ist und ihre Kapitalien herausgezogen hat. Berücksichtigt man diese Tatsache, so muß festgestellt werden, daß die Kasse der kleinen Spareinlagen sich wiederum um mehrere hundert Mark gehoben hat. Dies ist jedoch nicht durch große Depositen geschehen, sondern dadurch, daß mehr Kinder sparen als im Vorjahre. In der Versammlung der Kassen der kleinen Spareinlagen in Posen hat man drei Revisoren für die einzelnen Kassen gewählt. Revisor der Ostrowo'er Kasse ist Propst Miesiolowski, der die Kasse am 30. Januar 1911 einer Revision unterzog.

Im Namen der Kinder sage ich allen denjenigen, die die Sparmarken uneigennützig verkaufen und dadurch viel zur Entwicklung der Kasse beitragen, meinen herzlichsten Dank.

Ostrowo, im März 1911.

Geistlicher Anton Ludwiczak.

Aus Nr. 77 des Lech (Gnesen)
vom 4. April 1911:

Eine kaufmännisch-industrielle Bank,

eine Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, ist in Kosten gegründet worden.

Den Vorstand bilden die Herren Mieczyslaus Wyrzykowski, Drogeriebesitzer, als Direktor, Kasimir Lepell als Kassierer und der Kaufmann Konstantin Gajowski jun. als Kontrolleur.

Aus Nr. 77 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 4. April 1911:

Die Delegiertenversammlung des Verbandes der Sokolvereine in Deutschland

Am gestrigen im Saale der Ressource der kaufmännischen Jugend im Beisein der Delegierten von 12 Gauen — mit Ausnahme des 12. Gaus — statt. Die Versammlung eröffnete der Verbandsvorsitzende Rechtsanwalt von Chrzanowski. Nach der Legitimationsprüfung der Delegierten durch den zum Schriftführer ernannten Kameraden Jesionek ging man zu den Rechenschaftsberichten der Verbandsbeamten, welche im Verbandsorgan veröffentlicht werden, über. Wie immer, fand über diese Berichte eine lebhafteste Diskussion statt, in welcher die Redner auf die positiven und negativen Seiten der Verbandsarbeit hinwiesen. Allgemeine Anerkennung fand die Arbeit des energischen Turnwarts Kameraden Lange. Auf Antrag der Revisionskommission wurde dem Kassierwart sowie dem Verwalter des Verbandsorgans Entlastung erteilt.

Nach einer kurzen Mittagspause nahm man im Prinzip das Projekt der Versicherung der aktiven Kameraden gegen Unfall an. Nunmehr beriet man die Projekte, welche die Änderungen in den Verbandsstatuten und den Gauregulativen betrafen. Die wichtigste, von einer überwiegenden Majorität beschlossene Änderung ist die, daß man von jetzt ab in den einzelnen Gauen die zweifache Versammlung der Vorsitzenden und der Turnwarte und der Delegierten abschaffte. Die wichtigste Gaubehörde wird von nun an die Delegiertenversammlung bilden.

Man besprach auch die Änderung der Festkleidung der Sokols auf der Grundlage des durch den Hohenfalscher Sokolverein ausgearbeiteten Projekts. Dieses Projekt wurde aus praktischen Gründen verworfen. Doch wurde der Wunsch geäußert, daß der Verbandsvorstand im Wege eines Preisausschreibens für kleine Änderungen in der bisherigen Kleidung besonders der Mützen sorgen sollte. Für die Sokolinnen wurde ein neues Turnkleid, welches praktischer und ästhetischer als das bisherige ist, angenommen.

Zum Schluß besprach eine Reihe von Rednern unter anderm auch die Aufklärungsarbeit im Schoße der einzelnen Sokolvereine, welche, bisher wenig gewürdigt, in der Tat notwendig ist. Auch wurde der Wunsch geäußert, in allen Vereinen alljährlich im Oktober Kosziuszkoferien zu veranstalten.

In den Verbandsvorstand sind gewählt worden: Kochanowicz aus Bruckhausen II als stellv. Vorsitzender, Johann Zablocki als Kassierwart, Viktor Gladysz I als stellvertretender Turnwart — sämtlich wiedergewählt; als Schriftwart an Stelle des Kameraden Redzierski, der das Amt niederlegte, der Kamerad Jesionek aus Posen, als zweiter Stellvertreter des Turnwarts an Stelle des Kameraden W. Maczowski aus Landsberg, der dieses Amt niederlegte, der Kamerad Kulczynski aus Berlin, als Redakteur des Verbandsorgans der bis-

herige, Kamerad Redzierski, als Beisitzer der Kamerad Drehza aus Oberschlesien.

Die Versammlung wurde um 7 $\frac{1}{2}$ Uhr abends geschlossen. Es muß erwähnt werden, daß Sonnabend abend der Vorsitzende von Chrzanowski für die angekommenen Delegierten und die eingeladenen Kameraden der Posener Sokolvereine einen Lichtbildervortrag über die Chevaulegers hielt. Der Rest des Abends wurde gemeinsam verplaudert.

Den I. Gau repräsentierten die Kameraden M. Gruszczyński aus Hohenfals und Ignaz Swientkiewicz aus Strelno; den II. Gau die Kameraden A. Rzepecki, J. Tucholski, T. Powidzki und St. Wolski aus Posen; den III. Gau Kamerad Anton Dehmel aus Pleßchen; den IV. Gau Kamerad Dr. Krencki aus Danzig; den V. Gau die Kameraden Cz. Borowicz, W. Andrzejewski, W. Kulczynski und J. Szafranski aus Berlin; den VI. Gau die Kameraden Nowakowski aus Gleiwitz und Rott aus Beuthen; den VII. Gau Kamerad W. Ryba aus Oberhausen; den VIII. Gau Kamerad Anton Wolski aus Kosten; den IX. Gau Kamerad P. Wilczynski aus Ranzel; den X. Gau Kamerad Ignaz Bereszczyński aus Herne; den XI. Gau Kamerad J. Kolenda aus Dortmund; den XII. Gau Kamerad Bernhard Zmudzinski aus Gladbeck.

Aus Nr. 5 der Sita (Posen)
vom 10. März 1911:

Rechenschaftsbericht

aus der am 19. und 20. Februar im katholischen Vereins Hause in Posen abgehaltenen Generalversammlung der Abteilung der Handwerker und Arbeiter der polnischen Berufsvereinigung.

Zwecks Vollziehung der Wahl von Delegierten bildete man in der Abteilung 19 Bezirke, welche zusammen 39 Delegierte entsandt haben. Es waren folgende anwesend: Aus Posen Fr. Adamczak, T. Bienta, Joseph Sniegowski, Joseph Kujawa, Joseph Adam Malolepszy und S. Strzypek. Aus dem Bezirke Posen-Ost: A. Surdyk aus Głowno, Fr. Rogacki aus Quisenhain, aus dem Bezirke Posen-West: Nowak aus Kottow, Joseph Kubiak aus Zabikowo, am zweiten Verhandlungstage in Vertretung (des Joseph Kubiak) Johann Kubiak, A. Czerpinski aus Ławica. Aus dem Bezirke Breschen-Gnesen-Wittowo-Samter und Pinne: Ignaz Wolniowski aus Breschen, Fliowski aus Gnesen und Joseph Kozma aus Samter. Aus dem Bezirke Mojschin-Schroda-Schrimm-Kosten-Gostyn-Biaski-Dpaleniza-Grätz und Neustadt b. P. Jakob Szejzula aus Mojschin, Andreas Kubiak aus Schroda und Solecki aus Gostyn. Aus dem Bezirke Jarotschin-Koschmin-Krotojschin-Sulmierzyce-Kobierno-Zerkow-Witajzyce und Pleßchen: Kasperki aus Pleßchen und Franz Drygas aus Krotojschin. Aus dem Bezirke Ostrowo: Peter Rutkowski aus Ostrowo und Wladislaus Janiak aus Ostrowo. Aus dem Bezirke Hohenfals-Kruschwitz und Groß-Slawst: W. Rogacka aus Hohenfals. Aus dem Bezirke Rakosch-Strelno-Bronislaw-Znin-Gonjava und Wogrowitz: Thomas Graczyk aus Znin. Aus dem Bezirke Bromberg-Crone a. d. Brahe-Mrottschen und Rafel: A. Grabizewski aus Bromberg und Anton Chylewski aus Crone a. d. Brahe. Aus dem Bezirke Thorn-Briesen-Kowalewo und Straßburg i. W.: St. Wysocki und W. Fiolka aus Thorn. Aus dem Bezirke Graudenz-Schweß-Culm und Wandsburg: Franz

Grajewski aus Schwetz. Aus dem Bezirke Stargard—Lautenburg—Piasieczno—Dombrowka und Czerzk: Narzis Getka aus Stargard. Aus dem Bezirk Dirschau—Lubiszewo—Pielplin—Rajkown—Zabno—Danzig und Zoppot: Stanislaus Gardzielewski aus Danzig. Aus dem Bezirke Berlin-Stadt: Wladislaus Mizera, Johann Brzezinski, Franz Grzelachowski und Nikolaus Nader, sämtlich aus Berlin. Aus dem Bezirke Brandenburg: Joseph Kopp aus Charlottenburg. Aus dem Bezirke Bremen: Peter Grzesiek aus Bremen. Aus Schlesien: Franz Maszka aus Goczaikowice. Aus dem Rheinland: Jakob Majorezyk aus Dortmund.

Vom Abteilungsvorstand waren anwesend: St. Nowicki, W. Follcher, A. Korcz und J. Trzebnia aus Posen, W. Szczodrowski aus Krotoschin und A. Swiniarski aus Dirschau.

Der Zentralvorstand war durch die Kameraden Sosinski und Rhymer aus Bochum vertreten. Die Abteilung der Bergarbeiter vertrat Janowski aus Bochum und die Abteilung der Hüttenarbeiter vertrat A. Przybyla aus Königshütte.

Vor 12 Uhr eröffnete der Vorsitzende Nowicki die Versammlung und begrüßte herzlich die erschienenen Delegierten sowie die Gäste, Herrn Abgeordneten Brejski und den Redakteur der Gazeta Grudziomska.

Die wiederholt veröffentlichte Tagesordnung wurde ohne Änderung angenommen. Nach Feststellung der Delegierten ergriff der Vorsitzende Nowicki das Wort und gab in seiner ausführlichen Rede einen Überblick über die Lage der Arbeiter und über die Entwicklung der Abteilung. Redner stellte mit Befriedigung fest, daß es keine Organisation gebe, welche sich so entwickelt wie die polnische Berufsvereinigung und ihre Abteilungen. Diese Entwicklung ist gesund und stützt sich auf feste Grundsätze. Die Mitglieder und besonders die Leiter haben sich in kultureller Hinsicht sehr emporgehoben, ebenso haben sich auch die Erwerbsverhältnisse verbessert. Das Mißtrauen im eigenen Lager, welches anfänglich die Arbeit und die Entwicklung der polnischen Organisation erschwert hat, machte dem Glauben an die eigene Kraft Platz. Die Unrigen und die Fremden rechnen mit der polnischen Organisation.

Die Gegner, welche sicher waren, daß die polnische Organisation beizeiten zugrunde gehen werde und sie deshalb boykottiert haben, haben sich heute mit ihrer Existenz versöhnt und sie als eine ihren Aufgaben entsprechende Institution anerkannt.

Die Abteilung der Handwerker und Arbeiter entwickelt sich seit der Vereinigung sehr günstig, denn allein im Großherzogtum Posen zählt die Abteilung trotz der örtlichen Schwierigkeiten und der schwach entwickelten Industrie usw. über 6000 zahlende Mitglieder. In dieser Zahl sind die Metallarbeiter, welche zu der Abteilung der Hüttenarbeiter gehören, die ihren Sitz in Königshütte in Oberschlesien hat, nicht mit eingerechnet. Am liebsten organisieren sich die ungelernten Arbeiter. Die sogenannten gelernten Arbeiter halten sich überwiegend abseits.

Seit dem Oktober ist die Mitgliederzahl der Abteilung bedeutend angewachsen. Der Jahreszugang betrug bis Oktober 30 Prozent.

Am Schlusse sprach Redner den Wunsch aus, daß die Abteilung auch fernerhin so günstig wie möglich sich entwickeln möge.

In der Diskussion machte der Vorsitzende des Aufsichtsrates auf die Schwierigkeiten, welchen die Organisation der Arbeiter begegnet, aufmerksam. Er deutete auch auf das Wohlwollen hin, welche die in der Fremde organisierten Arbeiter für die Abteilung der Handwerker und Arbeiter hegen.

Die statistische Zusammenstellung werden wir in den folgenden Nummern angeben.

Über das Referat entspann sich eine kurze Diskussion, in welcher Rogatka, Malolepszy und Grzelachowski das Wort ergriffen. Darauf schlug der Vorsitzende vor, die Sitzung zu vertagen und las hierbei die Glückwunschtelegramme vor, welche wie folgt eingegangen sind:

Von Geistlichen A. Sijiecki, von Karuga aus Schlesien, von der Handwerkerschule aus Köln, von der Schule aus Wilba, von der Schuhmacherschule aus Posen, von der Schuhmacherschule aus Ostrowo, von der Abteilung der Hüttenarbeiter aus Königshütte, von der Abteilung der Bergleute aus Bochum, von der Schule der Hüttenarbeiter aus Bruchhausen, von der Schule der Bauarbeiter aus Dortmund, von der Konferenz der Bergleute aus Oberhausen, von der Schule aus Rixdorf und von der Schule Halle a. S.

Darauf trat die Mittagspause ein.

Nachmittags wurde über weitere Rechenschaftsberichte verhandelt. Den ersten Rechenschaftsbericht über das Rechtsschutzbureau in Posen erstattete Kamerad Follcher, den zweiten Kamerad Piotrowski aus Berlin, den dritten Kamerad Swiniarski aus Dirschau und Kamerad Grzesiek aus Bremen. Diesen Rechenschaftsbericht werden wir möglichst ausführlich in der nächsten Nummer bringen.

Hierauf erstatteten die Beamten den Rechenschaftsbericht über die Lohnbewegung, den wir ebenfalls besonders veröffentlichen werden. Ebenso werden wir den Kassenbericht und den Bericht über die Bureauarbeit einzeln veröffentlichen.

Bei dem Punkte „Anträge des Vorstandes“ schlägt der Vorstand vor, die Spezialsagungen für Bauhandwerker und Bauarbeiter nicht einzeln zu besprechen, sondern sich grundsätzlich mit diesen einverstanden zu erklären und die Besprechung der einzelnen Paragraphen auf später zu verlegen, wozu die interessierten Delegierten in dieser Sache einberufen werden. Die Bauhilfen sollen daher noch einmal die Projekte genau betrachten, damit sie mit einem gänzlich vorbereiteten Material erscheinen können. Mit diesem Vorschlage des Vorstandes erklärten sich die Delegierten einverstanden. Der nächste Punkt betraf die Änderung der §§ 7, 10 und 13 der Satzungen der Abteilung im Sinne des Vorschlages des Vorstandes, sowie die Änderung anderer durch den Zentralvorstand vorgeschlagenen Paragraphen.

Beim § 7 handelte es sich um die Aufhebung der 5 Pfennigklassen, sodaß nur die 25 Pfennigklasse verbleiben soll. Nach einer lebhaften Diskussion einigte man sich fast einstimmig auf den Vorschlag des Abteilungsvorstandes. Auf Grund dieses Beschlusses werden mit dem Tage der in Kraft tretenden geänderten Satzungen in unserer Abteilung folgende Klassen verpflichtet:

I. Klasse für Invaliden 10 Pfg.; II. Klasse für Frauen 20 Pfg.; III. Klasse 25 Pfg.; IV. Klasse 30 Pfg.; V. Klasse 40 Pfg.; VI. Klasse 50 Pfg.; VII. Klasse 60 Pfg. und VIII. Klasse 70 Pfg.

Beim § 10 schlug der Vorstand vor, den letzten Absatz 1 gänzlich zu streichen und zwar aus dem Grunde, weil infolge der falschen Auslegung dieses Absatzes Mißverständnisse vorgekommen sind. Nach längerer Diskussion kamen die Versammelten zu dem Schluß, daß ein solcher Absatz notwendig sei, um zu zeigen, daß den Frauen während des Wochenbettes eine sechswöchige Unterstützung zusteht. Es wurde nur die Änderung der Redaktion empfohlen.

Von nun an wird der Absatz folgendermaßen lauten: Den Wöchnerinnen, welche zahlende Mitglieder sind, wird eine 6 wöchige Unterstützung gezahlt.

Der § 13 hat ebenfalls eine längere Diskussion hervorgerufen, das Ergebnis war, die Beibehaltung des Paragraphen in der bisherigen Form.

Die Anträge des Zentralvorstandes hinsichtlich der Änderung der Satzungen wurden wie folgt beschlossen: Beim § 9 Absatz e statt „bei Arbeitslosigkeit“ soll es in Zukunft heißen „bei Streiks und Aussperrungen. Am Schlusse dieses Absatzes wurde noch folgender Zusatz beschlossen:

Bei solchen Gelegenheiten zahlen die Mitglieder desselben Berufes bzw. derselben Abteilung, welche vom Streik oder von der Aussperrung nicht betroffen sind, außerordentliche Beiträge, deren Höhe der Hauptvorstand im Einverständnis mit dem Zentralvorstande und dem Ausschusse des Aufsichtsrates bestimmt. Ferner wurde zu demselben Paragraphen ein neuer Absatz f beschlossen und zwar: „Arbeiter irgend eines Berufes, welche ihre Forderungen um Verbesserung ihrer Existenz geltend machen wollen, müssen wenigstens ein halbes Jahr der Vereinigung angehören. Zum Streik kann der Vorstand nur dann die Erlaubnis erteilen, wenn wenigstens $\frac{2}{3}$ der Arbeiter in dem gegebenen Unternehmen organisiert sind.

An Stelle des § 12 tritt ein neuer Paragraph und zwar nach dem früheren Reglement, welcher wie folgt lautet:

§ 12.

Jedes Mitglied, welches Beiträge nach den Satzungen an die polnische Berufsvereinigung entrichtet und ohne eigene Schuld die Arbeit verloren hat und solche weder am Orte noch in der Umgegend erlangen kann, wenn es länger als eine Woche arbeitslos ist, mit Beginn der zweiten Woche eine Unterstützung wegen Arbeitsmangel erhalten.

Die Unterstützung richtet sich nach der Zahlung der Beiträge.

Nach einjähriger Mitgliedschaft beträgt die Unterstützung wöchentlich in der zweiten Klasse 3 M., in der dritten Klasse 4 M., in der vierten Klasse 4,80 M., in der fünften Klasse 5,40 M., in der sechsten Klasse 6 M., in der siebenten Klasse 7,50 M. und in der achten Klasse 9 M.

Nach zweijähriger Mitgliedschaft beträgt die Unterstützung wöchentlich in der zweiten Klasse 3,30 M., in der dritten Klasse 4,20 M., in der vierten Klasse 5,40 M., in der fünften Klasse 6,10 M., in der sechsten Klasse 6,80 M., in der siebenten Klasse 8,40 M. und in der achten Klasse 10,00 M.

Nach dreijähriger Mitgliedschaft beträgt die Unterstützung wöchentlich in der zweiten Klasse 3,30 M., in der dritten Klasse 4,35 M., in der vierten Klasse 5,50 M., in der fünften Klasse 6,25 M., in der sechsten Klasse 7,80 M., in der siebenten Klasse 10,00 M. und in der achten Klasse 12,00 M.

Die Unterstützung wird sieben Wochen lang gezahlt.

Ein Mitglied, welches arbeitslos wird, hat innerhalb drei Tagen dem Filialvorstand darüber Mitteilung zu machen, widrigenfalls verliert es das Recht auf die Unterstützung. Wenn der Filialvorstand sieht, daß er dem Mitgliede keine Arbeit nachweisen kann und keine Aussichten vorhanden sind, daß das betreffende Mitglied eine solche in kurzer Zeit am Orte erlangen kann, so muß er davon sofort dem Hauptvorstande Mitteilung machen.

Ein Mitglied, welches sich weigern würde, eine ihm angewiesene Arbeit zu übernehmen, verliert das Recht auf die weitere Unterstützung.

Wer durch die Satzungen vorgeschriebene Unterstützung erhalten hat, muß wieder, bevor er eine erneute Unterstützung erhalten kann, die Beiträge für 52 Wochen entrichtet haben.

Eine Unterstützung wegen Arbeitsmangels wird nicht gewährt, wenn das Mitglied arbeitsunfähig oder

Invalid geworden ist; wenn das Mitglied selbständig ist, oder die Arbeit für andere Unternehmungen ausführt; in der Zeit, wenn das Unternehmen eine gewisse Zeit stillsteht und der Arbeitgeber verpflichtet ist, den Verdienst fernerhin zu zahlen; in der Zeit des vorübergehenden Stillstandes z. B. bei Aufnahme der Inventur und wenn der Arbeiter keine Papiere erhält und wenn infolge eintretenden Frostes die Arbeit eingestellt worden ist.

Dem Hauptvorstande steht das Recht zu, für diejenigen Mitglieder, welche infolge des Frostes arbeitslos werden, Unterstützungen wegen Arbeitsmangels zu gewähren, jedoch höchstens nur für 14 Tage.

Ein solches Mitglied, welches durch eigene Schuld arbeitslos wurde, hat kein Recht auf Unterstützung wegen Arbeitsmangels.

Wer freiwillig die Arbeit kündigt und sich vorher nicht überzeugt hat, daß er gleich eine neue Arbeit bekommt, hat ebenfalls kein Recht auf Unterstützung.

Das Mitglied kann im Jahre an Unterstützungen wegen Arbeitsmangels, Krankheit, für Reisen und Umzug erhalten und zwar: In der II. Klasse 46,80 M., in der III. Klasse 54,60 M., in der IV. Klasse 78 M., in der V. Klasse 93,60 M., in der VI. Klasse 101,40 M., in der VII. Klasse 109,20 M., in der VIII. Klasse 117 M. und in der IX. Klasse 132,60 M.

Mitglieder, welche im Jahre die Gesamtsumme wegen Arbeitsmangel, Krankheit, für Reisen und für Umzug erhalten haben, können erst dann wieder eine von diesen Unterstützungen erhalten, wenn sie erneut die Beiträge für 52 Wochen entrichtet haben.

Wer in einem Jahre die ganze Unterstützung wegen Krankheit erhalten hat, wird für einen Invaliden angesehen und er hat keinen Anspruch auf andere Unterstützung, ausgenommen die Sterbeunterstützung und den Rechtsschutz.

Ein Mitglied, welches in einem Jahre die ganze Unterstützung wegen Krankheit nicht erhalten hat, kann im Falle des Arbeitsmangels eine Unterstützung bis zu der Summe, welche es in der entsprechenden Klasse zu verlangen hat, erhalten.

Dasselbe bezieht sich auch auf die Unterstützung für Reisen und Umzug.

Jedes Mitglied muß zu seiner Abteilung möglichst die durch die Satzungen bestimmte Klasse, welche seinem Verdienste entspricht, bezahlen. Wenn es täglich 3 M. verdient, so muß er wöchentlich 30 Pfg., bei 4 M. 40 Pfg., bei 5 M. 50 Pfg. usw. bis 70 Pfg., so wie die Satzungen es vorschreiben, bezahlen. Dem Mitgliede ist es gestattet, auch einer höheren Beitragsklasse anzugehören, wenn ihm das die Verhältnisse gestatten und zwar dann, wenn es auch einen geringen Verdienst hat. Die Beiträge von 20 Pfg. sind für die Frauen und Jugendarbeiter, sowie für solche, die durchaus einen geringen Verdienst haben, bestimmt.

Als neuer § 12 a wurde beschlossen: Für Mitglieder, welche wegen der Tätigkeit für die polnische Berufsvereinigung die Arbeit verloren haben, beschließt der Abteilungsvorstand eine besondere Unterstützung, welche nur soviel betragen darf, als ein Mitglied während eines Streiks erhalten würde. Ein solches Mitglied muß jedoch hinreichende Beweise liefern, daß es wirklich des Verbandes wegen die Arbeit verloren hat und daß es zur Agitation für die Vereinigung ermächtigt war. Dasselbe bezieht sich auch auf die Mitglieder, welche wegen der Tätigkeit für den Verband ins Gefängnis gekommen sind.

Beim § 18 Absatz b wurde beschlossen: Als Delegierter bei einer Generalversammlung kann nur das Mitglied fungieren, welches der Vereinigung wenigstens zwei Jahre angehört. Die Kassenbilanz muß der Vor-

stand wenigstens vier Wochen vor der Generalversammlung in seinem Verbandsblatte veröffentlichen.

Beim § 19 vor dem Absatz c wurde beschlossen: Die Vorstandswahl findet in der Generalversammlung durch die Delegierten, welche das Mandat besitzen, in geheimer Wahl, statt.

Beim § 22 Absatz g wurde beschlossen: Der Rest des Geldes kann nur für Aufklärungszwecke verwendet werden.

Beim § 25 wurde ein neuer Absatz beschlossen: Über Streitigkeiten unter den Mitgliedern der Filiale entscheidet der Filialvorstand. Gegen den Beschluß des Filialvorstandes kann Berufung bei dem Hauptvorstande der Abteilung eingelegt werden. Die letzte Instanz ist der Zentralvorstand, dessen Urteil endgültig ist.

Die Beschwerden über den Filialvorstand oder über seine einzelnen Mitglieder sind beim Hauptvorstand der Abteilung und die Beschwerden gegen den Abteilungsvorstand beim Zentralvorstand anzubringen.

Zum § 20 wurde ein neuer Absatz beschlossen: Die Kassenrevisoren müssen die Kasse monatlich revidieren. Über die erfolgte Revision ist dem Zentralvorstande Bericht zu erstatten. Dem Zentralvorstande steht das Recht zu, die Kasse der Abteilung jederzeit zu prüfen.

Der § 18 Absatz c wurde insofern geändert, als die Generalversammlungen alle zwei Jahre stattfinden sollen. Diese Änderung wurde nur unter der Bedingung angenommen, wenn dieselbe Änderung auch die anderen beiden Abteilungen beschließen. Im Falle die anderen Abteilungen jene Änderung nicht beschließen sollten, so gilt die Änderung auch für unsere Abteilung nicht.

Der Antrag zahlreicher Filialen, unser Verbandsblatt Sola wöchentlich erscheinen zu lassen, wurde als Antrag der Abteilung der allgemeinen Generalversammlung überwiesen.

Zahlreiche eingegangene Wünsche und kleinere Anträge wurden, um Zeit zu sparen, dem Hauptvorstande samt der Kommission, welche aus den Kameraden Malolepszy, Adamczak und Kujawa aus Posen, Kubiak aus Schroda, Wolniowski aus Breschen, Rogatka aus Hohenalza und Johann Kubiak aus Zabikowo besteht, überwiesen.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Nr. 13 des Robotnik (Posen)
vom 2. April 1911:

Brody.

Die Arbeiter der Pfarochie Brody sind durch Zettel zum 25. März zu einer Versammlung eingeladen worden und haben sich auch sehr zahlreich eingefunden. Man wollte in der Versammlung über die Notwendigkeit eines katholischen Vereins polnischer Arbeiter sprechen.

Als Delegierter des Hauptvorstandes war zu der Versammlung der Redakteur, Geistl. Grzenda aus Posen erschienen, der über die Ziele und Aufgaben des Vereins sprach. Der größte Teil der Erschienenen erklärte sich für die Gründung des Vereins, dem gleich 147 Personen als Mitglieder beitraten, die sich auch gleich bereit erklärten, dem Verbands der katholischen Vereine polnischer Arbeiter beizutreten.

Das Patronat des neuen Vereins übernahm Propst Smietana, Vizepatron wurde Vikar Pawlowski.

In den Vorstand sind gewählt worden:

Melch. Szarata, Vorsitzender,
Joh. Plewa, Schriftführer,
Stan. Bortuza, Stellvertreter,
Tom. Pozniński, Kassierer,

Pet. Sobkowiat, Bibliothekar,
Melch. Szarata, Stellvertreter.

Vertrauensmänner: Melch. Szarata für Brody, Stan. Zabor für Chraplewo, Vincent Matuszak für Pafoslaw, Stanisł. Kaczmarek für Trzcionka, Anton Piela für Brodki, Lorenz Rajdel für Tarowo, Joseph Nawrot für Glupon, Mich. Golas für Zgierzynki, Andreas Slocinski für Marzewo.

An die Vertrauensmänner haben sich die Mitglieder jeden Sonntag wegen des Robotnik zu wenden; die Vertrauensmänner erhalten die Zeitung vom Bibliothekar Peter Sobkowiat in Brody.

Das Eintrittsgeld beträgt 25 Pfg., die Monatsbeiträge sind auf 20 Pfg. festgesetzt. Die Versammlungen finden an jedem ersten Sonntag nach dem Monatsersten, nachmittags 1 Uhr im Krzyzanski'schen Lokale in Brody statt.

Gott segne den neuen Verein!

Aus Nr. 13 des Robotnik (Posen)
vom 2. April 1911:

Wierzenica.

In der am 6. Januar abgehaltenen Generalversammlung des polnischen Arbeitervereins wurde der nachstehende Vorstand auf zwei Jahre gewählt:

J. Wierski, Vorsitzender,
A. Chmielewski, Schriftführer,
B. Jendroszyk, Kassierer,
S. Wierski, stellv. Bibliothekar.

Auf ein Jahr sind gewählt worden:

B. Wichtowski, stellv. Vorsitzender,
M. Malyszka, stellv. Schriftführer,
B. Rac, stellv. Kassierer,
T. Zwiernik, Bibliothekar.

Auf zwei Jahre wurden auch folgende Vertrauensmänner gewählt: B. Gonjorowski und B. Wydrowski für Wierzenica, B. Winiacki für Wierzonka, Majchrzak für Wilno, St. Padalak für Karlowitz, R. Grzechowiat für Dembogora und J. Milecki für Kobelnitz. In der Begräbniskasse des Vereins befinden sich 163,75 Mark.

Aus Nr. 13 des Robotnik (Posen)
vom 2. April 1911:

Kempen.

In der am 2. Januar cr. abgehaltenen Generalversammlung des Arbeiter-Vereins ist der nachstehende Vorstand gewählt worden:

A. Gierak II, Vorsitzender,
J. Luczak, stellvertretender Vorsitzender,
T. Skiba, stellvertretender Schriftführer,
B. Cieplik und
A. Kulak, Beisitzer.

Im verflossenen Jahre haben stattgefunden: 2 außerordentliche Generalversammlungen und 12 gewöhnliche Versammlungen. Dem Verein gehören gegenwärtig 287 Mitglieder an. Die Einnahmen betrugen: 751,80 M., die Ausgaben: 565 M. In der Bücherei des Vereins befinden sich 197 Bücher und fünf Jahrgänge des Robotnik.

Aus Nr. 13 des Robotnik (Posen)
vom 2. April 1911:

Boref.

In der am 15. Januar abgehaltenen Generalversammlung des polnischen Arbeitervereins sind in den Vorstand auf 2 Jahre gewählt worden:

J. Stajacki, stellvertretender Schriftführer,
St. Bajzyski, stellvertretender Kassierer,
A. Talarczyk, stellvertretender Bibliothekar,
Przybylak, Beisitzer.

Vertrauensmänner: St. Bajzyski und Majchrowicz
für Borek, für Skoki R. Bajzyski.

Aus Nr. 6 des Przegląd Kupiecki, (Posen)
vom 15. März 1911:

Ein Verein der Bankbeamten in Posen.

Mehrere Bankbeamte beriefen zu Montag, den 6. März cr., sämtliche in den Posener Banken tätigen Beamten zu einer Versammlung nach der „Rejsource“. Es erschienen 70 Personen, also eine ziemlich ansehnliche Zahl. Zum Leiter der Verhandlungen wurde Herr Budzinski gewählt, der Herrn Razmierezak zum Protokollführer ernannte.

Über die der Versammlung vorangegangenen Arbeiten referierte Herr Rucharski, insbesondere behandelte er die Frage, ob es zweckmäßig sei, eine Sektion des „Vereins junger Kaufleute“ zu bilden, oder einen selbstständigen Verein zu gründen. Man entschied sich nach längerer Diskussion für die Gründung eines selbstständigen Vereins, erachtet aber den Anschluß an die „Vereinigung junger Kaufleute“ für notwendig.

Es wurde also ein selbstständiger Verein für Bankbeamte gegründet, und man wählte den nachstehenden Vorstand:

Direktor W. Tomaszewski, Vorsitzender,
Budzinski, stellvertretender Vorsitzender,
M. Bogajski, Schriftführer,
Razmierezak, stellvertretender Schriftführer,
Miskiewicz, Kassierer.

Dem neuen Vorstande wurde empfohlen, die Satzungen auszuarbeiten und sie binnen 4 Wochen zur Bestätigung vorzulegen.

Dem Verein traten sofort 60 Personen als Mitglieder bei.

Aus Nr. 13 des Robotnik (Posen)
vom 2. April 1911:

Bialez.

Die erste Versammlung des durch Kurrende in Bialez gegründeten Arbeitervereins eröffnete am 26. März um 5 Uhr nachmittags Propst Siminski; er begrüßte die erschienenen Gäste: die Herren Brownsford aus Posen und Bialez, den Geistlichen Marciniak aus Czacz und den Pfarrer Lisiecki aus Posen. Den Vorsitz übernahm Redakteur Brownsford-Posen, der in herzlichen Worten über den großen Nutzen der Arbeitervereine sprach.

Der Generalsekretär sprach über die Ziele und Aufgaben unserer Vereine und erwähnte die Mittel, mit deren Hilfe wir für unsere Arbeiter tätig sind.

Der neue Verein zählt 70 Mitglieder. Patron ist der Ortspfarrer, Propst Teodor Siminski, Vicepatron Herr Direktor Brownsford aus Bialez. Dem Vorstande gehören an:

Mich. Konikiewicz, Vorsitzender,
Leo Fengler, Schriftführer,
Andreas Szczerbel, Kassierer,
A. Janowski-Kobylnik,
Stefan Matysiak-Al-Bialez und
Stanislaus Landzwojczak aus Skoraczewo,
Beisitzer.

Der Beitritt beträgt 25 Pfennig, die Monatsbeiträge sind auf 20 Pfennig festgesetzt.

Aus Nr. 6 des Kupiec (Posen)
vom 16. März 1911:

Grabow.

In der am 2. Februar cr. abgehaltenen Generalversammlung des kaufmännischen Vereins wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

L. Prauzinski, Vorsitzender,
Fr. Lesiewicz, stellvertretender Vorsitzender,
L. Sierzenski, Schriftführer,
P. Ruszczyński, stellvertretender Schriftführer,
W. Rudlicki, Kassierer.

Aus Nr. 74 des Lech (Gnesen)
vom 31. März 1911:

Das Verhalten

des Grafen Mielzynski aus Zwno,

der sich mit Herrn Wladislaus von Taczanowski wegen Choryn und Terka herumklatzt, war nicht immer korrekt gewesen; vom nationalen Gesichtspunkte aus betrachtet, verdient es die schärfste Verurteilung. Herr Graf Mielzynski hat Choryn schon zum zweiten Male zur Subhastation gestellt, trotzdem allgemein die Anschauung vertreten wird, die er ebenfalls teilen müßte, daß man im Subhastationstermin auf keinen Fall Choryn von einem Polen erwerben lassen würde. Nicht nur die Ansiedlungskommission, für welche das im überwiegend polnischen Kreis Kosten belegene Choryn einen sehr wertvollen Erwerb bilden würde, hat auf das Gut Appetit, sondern auch der Besitzer der Racot'er Herrschaft, die Landbank und andere, denen es auf einige 10 000 Mk. nicht ankommt und mit denen Graf Mielzynski sich in finanzieller Hinsicht nicht messen kann, möchten es gern erwerben. Er müßte also wissen, daß er, wenn er Choryn zur Subhastation kommen läßt, dieses der Gefahr aussetzt, verschachert zu werden.

Die öffentliche Meinung hat bis jetzt die Angelegenheit nicht vom richtigen Standpunkte aus behandelt; wir sind aber der Meinung, daß dem Grafen Mielzynski sein Verhalten nicht ungestraft durchgehen darf.

Aus Nr. 71 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 28. März 1911:

Gorzewo

definitiv in den Händen der Ansiedlung.

Das Geschäft zwischen Herrn A. Piotrowski und der Ansiedlungskommission ist endgültig abgeschlossen: Gorzewo ist in den Besitz der Ansiedlung übergegangen. Das wird niemanden wundern; aber die Volksgemeinschaft hat das Recht, Herrn Rat Lukomski zur Rechenschaft zu ziehen, da er Gorzewo an Piotrowski verkauft hat. Das, was Herr Lukomski zu spät getan hat, als Gorzewo nicht mehr zu retten war, ist für die Volksgemeinschaft wertlos. Es bleibt die Tatsache bestehen, daß Herr L. trotz der Warnungen von angesehenster Seite her Gorzewo in die Hände Piotrowskis ausgeliefert hat. Der Verlust des Guts lastet auf dem Gewissen des Herrn Lukomski.

Aus Nr. 72 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 29. März 1911:

Verschacherung.

Gorzewo bei Janowitz ist endgültig in den Besitz der Ansiedlungskommission übergegangen. Letzter Besitzer war ein A. Piotrowski, der dieses Gut von Herrn

Rat Lukomski erworben hatte. Der erstere war nur eine vorgeschobene Person der Ansiedelungskommission und Herr Lukomski war vor ihm gewarnt worden. Beide gehören in „das Schwarze Buch.“

Aus Nr. 77 des Dziennik Kujawski (Hohenfalsa)
vom 4. April 1911:

Aus dem Kreise Mogilno.

Seit einigen Tagen geht in unserer Parochie das abscheuliche Gerücht um, daß vier Wirte in Osiny wegen Verkaufs ihrer Besitzungen von insgesamt 700 Morgen mit der Ansiedelungskommission verhandeln. Sicher ist es, daß Agenten einige Male dort gewesen waren, und daß zwei Besitzer bereits in Verhandlungen eingetreten sind, irgend ein Schriftstück unterzeichnet haben, und daß es sich nur noch um Abschluß des notariellen Vertrages handelt. Bis jetzt haben wir in der ganzen Parochie keine Ansiedelung. Der Verkauf dieser Wirtschaft würde ein der Parochie angetanes Unrecht sein, und uns allen würde es unangenehm sein, mit den Pfeifenrauchern, deren Anblick uns bis jetzt — Gott sei dafür gedankt — erspart geblieben ist, in nähere Berührung zu kommen.

So viel schreibt unser Korrespondent. Wir sind der Ansicht, daß seine Worte auf die in Frage kommenden Wirte von Einfluß sein und sie im letzten Augenblick von einem Schritt abhalten werden, der auf sie den Fluch der Nation herabziehen müßte. Ihr Gewissen würde keine Ruhe finden, denn das Unrecht, das sie der heimatischen Ernährerin-Erde zufügen würden, würde das ganze Leben hindurch auf ihnen lasten.

Aus Nr. 78 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 5. April 1911:

Die Grenzen des politischen Kampfes.

Posen, den 4. April 1911.

Aus Budewitz erhalten wir folgendes Schreiben: Gegenüber dem Vorwurf des Dziennik Bydgoski, als ob Herr Dr. von Jackowski aus Wronczyn die polnischen Läden ständig meide und von den Polen in Budewitz nicht für einen Pfennig kaufe, erklären die unterzeichneten Kaufleute und Handwerker aus Budewitz, die Herr von Jackowski ständig unterstützt, daß die Herrn von Jackowski gemachten Vorwürfe grundlos sind, und daß im Gegenteil, wir Herrn von Jackowski als Vorbild eines polnischen Bürgers hinstellen können, der die Parole „Jeder zu den Seinen“ befolgt und die Vorwürfe, die ihm der unbekannte Korrespondent des Dziennik Bydgoski und des Lecz gemacht hat, garnicht verdiente.

Gleichzeitig bemerken wir ausdrücklich, daß wir unsere Erklärung ohne Wissen und Willen des Herrn von Jackowski deswegen abgeben, um den unwahren Nachrichten ein Ziel zu setzen.

Anton Wegner, Bau- und Eisenhandlung. Ladislaus Paul, Eisenhandlung. Peter Switonski, Kolonialwaren, Wein- und Delikatessenhandlung. „Kolnif“ Klemens Wateriski, Viehhandlung. Ignaz Bengorski, Tischler. Josef Lesniowski, Maurer. Boleslaus Dlszynski, Wagnenniederlage.

Die persönliche Seite der obigen Angelegenheit ist für die breiteren Kreise unserer Gesamtheit von keiner besonderen Bedeutung. Daher sagen wir nur kurz, daß seinerzeit unter der Parole „Jeder zu den

Seinen“ mehrmals Klagen unter der Adresse des Herrn Dr. von Jackowski erhoben worden sind. Wir erinnern z. B. an die Angelegenheit mit der Maschinenfabrik von Lesser, die in ihrem Katalog eine von Dr. von Jackowski geschriebene Empfehlung brachte. Doch seit jener Zeit sind die Klagen verstummt, und das obige Schreiben zeugt von der Zufriedenheit der Kaufleute und Handwerker aus Budewitz. Daher war der frische Vorwurf, daß Herr Dr. von Jackowski bei den Seinen nicht für einen Pfennig kaufe, kränkend. Und hier beginnt die öffentliche Seite der Angelegenheit.

Es kann leider nicht geleugnet werden, daß man bei uns im öffentlichen Leben, um den Gegner zu schwächen, manchmal mit leichtem Herzen persönliche Vorwürfe erhebt, die kränkend sind und der Kritik nicht standhalten. Im gegebenen Falle, der hervorgerufen wurde durch die Berufung des Herrn Dr. von Jackowski in das Provinzialkomitee, war es mehr wie offensichtlich, daß die Behauptung, Herr von J. kaufe nicht für einen Pfennig bei polnischen Kaufleuten und Handwerkern, garnicht der Wirklichkeit entsprechen konnte. Das Gerechtigkeitsgefühl dürfte es uns nicht erlauben, mit solcher kränkenden Waffe zu operieren. Das politische Leben verlangt ebenso die Innehaltung der ethischen Grundsätze wie das Privatleben.

Herr Dr. von Jackowski ist wahrlich nicht unser politischer Freund. Wir haben mit ihm einen sehr verbissenen politischen Kampf geführt, und zwar lange schon vor den letzten Wahlen im Posener Bezirk. Und oftmals noch werden sich wohl unsere Degen scharf kreuzen auf der politischen Arena. Es wird uns also wohl keiner im Verdacht haben, daß wir gegen Herrn von Jackowski spezielle „Rücksichten“ üben. Es geht uns vielmehr um die vom Gefühl der Wahrheit und Gerechtigkeit diktierten Grenzen. Diese Grenzen darf man unseres Erachtens nicht überschreiten, auch wenn man mit seinem größten politischen Feinde kämpfen sollte.

Dieses verlangt übrigens nicht nur die politische Ethik, sondern auch ebenso die politische Vorsicht. Es ist nicht sehr vorsichtig, Vorwürfe zu erheben, von denen man von vornherein weiß, daß der Gegner sie leicht parieren werde und aus ihnen überdies mit Leichtigkeit eine ziemlich peinliche Angriffswaffe schmieden kann.

Mit der politischen Vorsicht müßte sich im eigenen Interesse das Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber den eigenen Waffenbrüdern paaren. Im gegebenen Fall hat z. B. das tägliche Organ des Nationalbundes sofort die Sache aufgegriffen und aus dem Fehler einer oder zweier Zeitungen den allgemeinen Vorwurf geschmiedet, daß das ganze demokratische volksparteiliche Lager mit solcher Waffe kämpfe. Das war ein gewissenloser Schluß und Vorwurf, weil gegen das bessere Wissen verallgemeinert. Doch die Tatsache bleibt bestehen, daß das ganze Lager die politischen Kosten des persönlichen Angriffs trägt, von dem man von vornherein wußte, daß er kränkend war und von den Gegnern mit einem scharfen Hieb pariert werden würde.

Allgemein ethische Rücksichten also, wie politische Vorsicht im eigenen Interesse und das Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber den politischen Freunden erfordern es, daß wir in journalistischer Polemik und politischem Kampfe die Grenzen, wo das Recht und die Wahrheit aufhören, niemals überschreiten.

Aus Nr. 74 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 31. März 1911:

Die Deutschkatholiken.

Im Wichert'schen Saale in Bromberg fand gestern eine Versammlung der deutschen Katholiken statt. Veranstaltet wurde sie von der großen Organisation der deutschen Katholiken, die unter dem Namen „Volksverein“ bekannt ist. Sie ist in ganz Deutschland verbreitet und zählt etwa 700 000 Mitglieder. Ihr Hauptvorstand hat seinen Sitz in München-Gladbach. Das Programm dieser Organisation stützt sich hauptsächlich auf den Kampf mit dem Sozialismus. Eine Partei oder rein konfessionelle Politik betreibt der Volksverein nicht, er bemüht sich vielmehr nur, der Ausbreitung des Unglaubens und des Sozialismus entgegenzuwirken.

Über dies alles sprach in der gestrigen Versammlung der Delegierte des Hauptvorstandes dieser Organisation, der Geistliche Braun aus München-Gladbach. Seine Rede beruhte hauptsächlich auf der Bekämpfung der sozialistischen Grundsätze. Schließlich rühmte der Redner die Macht Deutschlands, seine unerhörte Entwicklung auf jedem Gebiete, er verteidigte die deutsche Steuerpolitik, begründete die Notwendigkeit eines starken Heeres und einer mächtigen Flotte und pries besonders die deutsche Sozialpolitik, die Altersversicherung usw. Außerdem legte er besonders Nachdruck auf das einige Zusammenleben von Stadt und Land und betonte die hohe Bedeutung, der Landwirtschaft, der landwirtschaftlichen Bevölkerung und der hohen Schutzzölle für den Wohlstand des Landes.

Wer aber erwartet hat, daß der Geistliche Braun auch nur mit einem Worte den sehr zahlreich erschienenen polnischen Katholiken erklären würde, wie sie sich dem Volksverein gegenüber verhalten sollen, der hat sich sehr geirrt. Wir sind eigentlich auch gar nicht zur Versammlung eingeladen worden, denn in den Aufrufen waren nur die deutschen Katholiken um ihr Erscheinen ersucht worden. Da es sich aber um eine katholische Angelegenheit handelte, waren viele Polen zur Versammlung gekommen.

Und die Versammlung wäre in völliger Ruhe verlaufen, ohne die geringste Erwähnung der Polen, wenn nicht die Vertreter einer besonderen Gattung deutscher Katholiken erschienen wären, d. h. jene, die im „Verein deutscher Katholiken“ organisiert sind. Bekanntlich verfolgt diese Organisation anscheinend den Zweck, in der Kirche möglichst viele deutsche Gottesdienste abzuhalten. Für nur wenige deutsche Katholiken werden solche Gottesdienste gefordert, damit sich die polnische Bevölkerung auf diese Art durch das Anhören derselben verdeutlicht. Es ist bekannt, daß sich dieser Verein der Unterstützung der preussischen Regierung erfreut, und daß der größte Teil seiner Führer „Ostmarkenzulagen“ erhält. Das charakterisiert diese Organisation ganz vortrefflich; ein ganz besonderes Licht wirft auf ihn das Verhalten jener Mitglieder, die in der Kirche mit dem Bleistift in der Hand die Predigt des polnischen Priesters verfolgen, um von den Notizen entsprechenden Gebrauch zu machen. Aus diesem Anlaß ist es schon zu traurigen Prozessen gekommen.

Beschämend ist es nur, daß manche geistlichen Karrierenreiter diese amtskatholischen Vereine unterstützen und daß die geistliche Behörde ihrem Druck nachgibt. In der letzten Zeit haben sie in Thorn und Culm geschrieben, welches Unrecht ihnen dort geschehe, wenn sie auch im Verhältnis zu ihrer Zahl sogar zu viele deutsche Gottesdienste haben. Trotzdem unterstützt der Geistliche Gollnik ihre Bemühungen. In Hohen-salza hat ihnen wieder „aus höherer Politik“ der Prälat Laubitz an jedem Sonntag um 9 Uhr früh in der Pfarrkirche einen deutschen Gottesdienst zugebilligt.

Von Deutschen wird dieser Gottesdienst wenig besucht aber das polnische Volk gewöhnt sich an das Deutschtum

Dies alles ist aber diesen Katholiken mit den „Ostmarkenzulagen“ noch zu wenig. Sie möchten die Kirche in unseren Landesteilen völlig verdeutschen, nur deshalb bringen sie stets Beschwerden und Forderungen vor. Aus diesem Grund ist es auch kein Wunder, daß der Vorsitzende des hiesigen Vereins, der Direktor des Lehrerseminars Spannkrebs, in der gestrigen Versammlung erklärte, daß er und seine Freunde dem Volksverein nicht beitreten würden, weil dieser nicht die Rechte der deutschen Katholiken in der Kirche wahrnehme. Er mußte zugeben, daß den Deutschen in Bromberg kein Unrecht geschehe, daß dies aber wo anders der Fall sei.

Ihm erwiderte der Geistliche Braun, daß ebenso auch die Polen in der Fremde sich über die mangelnde Berücksichtigung ihrer Sprache in der Kirche beklagen könnten. Herrn Spannkrebs unterstützte ein Herr Haber, anscheinend auch ein Beamter, aber die Versammlung wollte seine Ausführungen über das bedrückte Deutschtum nicht anhören. Von den polnischen Versammlungsteilnehmern ergriff das Wort der Arbeiter Laczkowski, der zunächst gegen die Ausführungen des Geistlichen Braun, daß in Deutschland alles rosig aussehe, auftrat.

Weiter bemerkte er, daß die Bedrückung unserer Rationalität so groß sei, daß wir Polen einer deutschen Organisation nicht angehören könnten, ohne uns selbst etwas zu vergeben.

Endlich wurde beschlossen, für Bromberg einen Volksverein zu gründen. Er ist für die deutschen Katholiken bestimmt und nicht für die Polen. Kein Pole darf ihm beitreten, denn wir haben eigene Vereine, in denen wir uns vereinigen müssen.

Bemerken muß man noch, daß wir hier viele deutsche Katholiken haben, die anständig denken, was gestern aus der Entrüstung zu sehen war, als die Herren Spannkrebs und Haber über die Bedrückung der Deutsch-Katholiken sprachen. Der Volksverein wird ihnen gegenüber eine schwierige Stellung haben.

Aus Nr. 74 des Lech (Gnesen)
vom 31. März 1911.

Die Rapperswyl'er Angelegenheit.

Im Jahre 1869 ist auf Veranlassung des Grafen Wladislaus Plater in Rapperswyl bei Zürich in der Schweiz ein polnisches Nationalmuseum gegründet worden. In dem altertümlichen Schlosse aus den Zeiten der Habsburger wurden besonders auf Veranlassung unseres Emigrantentums wertvolle Andenken gesammelt, welche die Vergangenheit der polnischen Nation betrafen, ferner bedeutende Büchersammlungen und ein außergewöhnlich wertvolles Archiv aus dem Zeitabschnitt nach der Teilung Polens und besonders aus dem Leben unseres Emigrantentums.

In der letzten Zeit war das Nationalmuseum Gegenstand der öffentlichen Diskussion, weil von neuem der Gedanke angeregt wurde, das Museum nach dem Heimatlande zu überführen. Dieser Gedanke wurde indessen aufgegeben. Die zweite das Nationalmuseum betreffende Angelegenheit ist indessen bis jetzt nicht von der Tagesordnung verschwunden, nämlich die Angelegenheit der Wirtschaft in der Museumsverwaltung. Es wird nämlich dem Kustos vorgeworfen, daß er unfähig sei, die Sammlungen unter seine Obhut zu nehmen und daß er mit ihnen in geradezu barbarischer Weise umgehe.

Gegenwärtig ist eine Broschüre „Die Rapperswyl'sche Angelegenheit“ erschienen, welche Stimmen des Stefan Jeromski, des Direktors Kopera, des Herrn W. Klyszejewski, des ehemaligen Gehülfen des Bibliothekars in Rapperswyl, und eine Einleitung des Herrn Stanislaus Szpotanski enthält, welche leider jene Gerüchte in ihrem ganzen Umfange bestätigen. So wirft ein so glaubwürdiger Zeuge wie Jeromski, der von 1892 bis 1896 im Museum als Bibliothekar gearbeitet hatte, dem Kustos Rozicki von Rosenwerth vor, daß er z. B. aus einem Revolver auf wertvolle Bücher geschossen und sie durchlöchert habe, daß er die einzig polnische, im Jahre 1831 vom Emigranten Baranowski erfundene Rechenmaschine vernichtet habe, daß er eine wertvolle Sammlung von Stichen und Zeichnungen Anton Oleszczynskis auf den Boden geworfen habe, wo sie zu Grunde gegangen seien, daß er eine ungeheuer wertvolle Sammlung von Ausschnitten aus französischen, deutschen, englischen und italienischen Zeitungen, die die polnische Frage betrafen und in den Jahren 1835 bis 1870 von Leonard Chodzka gesammelt waren, auf den schmutzigen Hof werfen ließ, und dies gerade in dem Augenblick, in dem man sich an ihre Ordnung machen wollte, daß er Altertümer nachmache und dadurch das Museum der Lächerlichkeit preisgebe. Ähnliche Vorwürfe erheben gegen ihn auch die anderen Mitarbeiter an der erwähnten Broschüre.

Eine derartige Wirtschaft ist in diesem unserm nationalen Heiligtum auf der freien Erde der Schweizer möglich. Taurig, sehr traurig!

Aus Nr. 74 des Lech (Gnesen)

vom 31. März 1911:

Geistliche Modernisten im Großherzogtum.

Außer dem nach Krotoschin berufenen Geistlichen Michels, der, wie wir berichtet haben, die Ablegung des Modernisteneides verweigert hatte, hat die Regierung noch einen Modernisten in der Person des Geistlichen Waschinski aus Danzig nach dem Großherzogtum und zwar an die Oberrealschule in Posen geschickt.

Das Großherzogtum Posen soll scheinbar nicht nur für die Katakisten, sondern auch für die Modernisten ein Eden werden.

Aus Nr. 13 des Glos Wielkopolanek (Posen)

vom 31. März 1911:

Eine wichtige Pflicht der polnischen Mutter.

Es vergeht kein Monat, und Tausende von polnischen Kindern werden das erste Mal in die Schule gehen.

In die Schule! In die preussische Schule!

Welche Gefühle drängen sich uns bei dem Gedanken auf, was unser Kind dort durch eine lange Reihe von Jahren erwartet. Wie wird es unserm Kinde dort ergehen? Wird es dort nichts von alledem einbüßen, was es im Elternhause gelernt hat, für heilig, erhaben und groß zu halten?

Das sind die Fragen, welche sich der Mutter-Bürgerin bei dem Gedanken an den Eintritt des Kindes in die preussische Schule aufdrängen. Doch wieviel solcher Mütter haben wir? Um die Kinder solcher Mütter, die sich derartige Fragen stellen, brauchen wir uns nicht zu kümmern und zu fürchten. Wir haben nämlich die heilige Überzeugung, daß es der Mutter-Bürgerin gelungen ist, ihrem Kinde noch in der Zeit vor dem Schulbesuch die Liebe für unsere

Sachen beizubringen, die es dann nicht erlauben wird, die junge Seele in nationaler Hinsicht zu verderben, obwohl man dem Kinde in der Schule von der Niederträchtigkeit alles dessen, was unsere Vergangenheit anbetrifft, und von der Größe derer, die uns unterdrückten, uns unsrer staatlichen Freiheit beraubten und in den Rahmen ihrer Staatlichkeit einzwängten, erzählen wird. Um die Kinder solcher Mütter brauchen wir uns nicht zu ängstigen, daß die Bewunderung für die Größe der Friedriche, welche Polen aufteilten, in ihre Herzen eindringen, und daß der Wurm der Gleichgültigkeit für unsre Helden, unsre Literatur und Kultur in sie hineinschleichen wird.

Leider versäumt ein großer Teil unserer Mütter die heilige Pflicht, die Kinder vor ihrem Eintritt in die Schule mit den elementarsten Angelegenheiten, die mit der nationalen Erziehung verbunden sind, bekannt zu machen. Diese Mütter begehen eine Hauptsünde gegenüber unserer nationalen Sache, wenn sie die Kinder vor ihrem vollendeten sechsten Lebensjahre nicht polnisch schreiben und lesen lehren, wenn sie sie nicht beizubringen, wie man unsere große, glänzende nationale Vergangenheit ehren muß.

Der Mensch lernt nämlich selten im späteren Alter das Lieben, woran sich seine Seele nicht unbewußt in den frohen Kinderjahren gewöhnte.

Eine heilige Pflicht einer jeden Mutter ist es also, dafür zu sorgen, daß das Kind von der frühesten Jugend an mit polnischen Bildern und polnischen Sachen spielt. Wenn das Kind anfängt, Erzählungen und Märchen zu hören, so darf man ihm nicht von Geistern, Zaubereien und Räubern, sondern von den Legenden unserer Vergangenheit, von den heldenhaften Taten unserer Vorfahren, besonders von der Jugend der letzteren, erzählen. Diesen Erzählungen werden die Kinder ebenso gerne zuhören, wie den unklugen, die Phantasie reizenden Märchen von Räubern usw. Vor allen Dingen muß das Kind wenigstens ein Jahr vor Eintritt in die Schule gelehrt werden, die lateinischen Buchstaben zu unterscheiden, damit es beim Eintritt in die Schule etwas polnisch lesen kann.

Natürlich darf auch während der schulpflichtigen Zeit nicht das versäumt werden, was vorher angefangen wurde. Im Gegenteil, in den freien Stunden muß der polnische Unterricht — ohne das Kind geistig zu überanstrengen — weitergeführt werden. Dann wird das Kind selbst verlangen, daß man ihm von unserer Vergangenheit, von unseren Königen, von Kosciuszko und Mickiewicz erzähle.

Das ist — wir wiederholen es — eine wichtige Pflicht einer jeden polnischen Mutter. Diese Pflicht müßte jede Mutter, ohne sich mit Zeitmangel entschuldigen zu dürfen, erfüllen.

Aus Nr. 78 des Orędownik (Posen) v. 5. April 1911:

Welche Blüten

das gegenwärtige preussische Schulsystem

zeitigt, davon ist schon mehrfach geschrieben worden. Zu diesen Blüten wollen wir noch eine neue hinzufügen, die uns von einem, durch das Los des Kindes bekümmerten Vater eingesandt worden ist. Er schreibt:

Nachdem ich die Rede des Prälaten Stychel über den Religionsunterricht in der Schule gelesen habe, welche er im Deutschen Reichstag gehalten hat, wollte ich mich auch davon überzeugen, wie meine Tochter in der Schule betet, und ich ließ sie das Vaterunser hersprechen. Ich wollte meinen eigenen Ohren nicht trauen, ließ sie aufschreiben, was sie gesprochen hatte.

(Das uns eingekandte deutsche „Vaterunser“ der polnischen Mädchens geben wir nachstehend wörtlich wieder:)

Vater unser der du bist im Himmel geheiliger der du dein Namen zu kommen unsteirein dein wille geschickt wie im Himmel also auf auf erde unser tägliches Brot gib uns heute und vergib uns unsere Schuld wie aufer vergeben unser Schuldner umm viere uns nich im versuchum Sontag erlese und von den üben Amen; begrüßet zeistu Maria du bist von den Knaben der Herr ist mitt dir du bist gebenni bei ist gefro deines Gleibes Jesus, heilige Maria Mutter Gottes bitte für und zinder jetzt und in der Stunde unsers Stodes Amen.

Weiter schreibt der Vater:

Meine Tochter geht das erste Jahr in St. Lazarus in die Schule, wo überhaupt die Religion polnisch nicht gelehrt wird. Bei der Gelegenheit wolle mir die geehrte Redaktion die Frage gestatten, ob ich meine Tochter nach Ostern als „konfessionslos“ anmelden könnte, damit sie diesen Religionsunterricht nicht zu besuchen braucht?“

Der Schlußabsatz des Briefes zeigt aufs Beredteste, wohin die Verzweiflung die Eltern führt, welche die geistigen Qualen sehen, die ihre Kinder infolge des Schulsystems durchmachen müssen. Nicht willens, auf die Schlußfrage zu antworten, bemerken wir, daß man sich in solchen Fällen an seinen Propst oder direkt an den Prälaten Stychel wenden muß, der am besten wird Informationen erteilen können.

Aus Nr. 14 des Przyjaciół Działu (Kinderfreund)
vom 6. April 1911

(Beilage zu Nr. 78 des Głos Ludu, Graudenz
vom 4. April 1911:)

Kinderbriefe.

1. Von Marianne Prz. aus Lubasz bei Gzarnikau

„Gelobt sei Jesus Christus! Ich schreibe an den lieben Przyjaciół den ersten Brief. Ich bin 11 Jahre alt. Polnisch lesen und schreiben hat mich meine liebe Mutter gelehrt. (Das ist sehr schön! Der Przj.) Ein Gedicht aus dem Przyjaciół habe ich auch auswendig gelernt, ich war aber während des Kollendenbesuchs in der Schule und konnte es nicht auf sagen. An der Schule haben wir vier Lehrer. Wir lernen dort alles nur deutsch. Mein Vater ist Arbeiter. Den Przyjaciół mit der Zeitung halten wir schon einige Jahre, und wir wollen sie niemals aufgeben. Zum Schluß grüße ich den lieben Przyjaciół und alle lieben Kinder.“

2. Von der Władysława Br. aus Chwałskowo, Kreis Adelnau

„Ich erdreiste mich, das erste Mal an den lieben Przyjaciół zu schreiben. Ich bin 13 Jahre alt und war am 10. Juli 1910 zur ersten heiligen Kommunion. Ich habe zwei Brüder und eine Schwester. Mein Väterchen ist Arbeiter und die Mutter hat mich polnisch schreiben und lesen gelehrt. (Das ist sehr lobenswert. Der Przj.) Ich lehre auch meinen Bruder aus dem Przyjaciół polnisch lesen und schreiben. (Bravo!) Ich möchte ihn auch Kirchenlieder lehren. Eine Kirche haben wir in unserem Dorfe, doch nur alle drei Wochen werden Andachten abgehalten. Ich würde mich sehr freuen, wenn mein Briefchen gedruckt würde, damit ihn mein Vater, der in Westfalen arbeitet, durchlesen kann. Jetzt grüße ich herzlich . . .“

3. Von Marie J. aus Ostrowo:

„Lieber Przyjaciół!

Ich schreibe an den lieben Przyjaciół das zweite Mal. Ich bin 12 Jahre alt. Am 25. März d. J. haben wir eine große Feier gehabt; an diesem Tage war ich zur ersten heiligen Kommunion. Ich bin aber trotzdem sehr traurig, denn am 1. April ziehen wir nach Hochfeld am Rhein und verlassen diese geliebte polnische Gegend. Ich muß auch diese lieben polnischen Kinder verlassen.

Jetzt ist ein Jahr vergangen, daß ich in die Heimat gekommen bin, um mich zusammen mit meinem Bruder, der erst elf Jahre alt ist, in polnischer Sprache zur heiligen Kommunion vorzubereiten. Zum Andenken haben wir auch schöne Bildchen erhalten. Polnisch lesen und schreiben haben wir aus dem Przyjaciół gelernt. (Das ist sehr schön. Der Przj.) Eine Zeitung abonnieren wir schon seit einigen Jahren. Wie es mir in der Fremde gehen wird, werde ich dem Przyjaciół noch mitteilen. (Der Przyjaciół erwartet einen Brief von der Marie und grüßt herzlich.) Ich grüße den lieben Przyjaciół und bitte ihn, mein Briefchen zu drucken, denn mein Vater wird ihn mit Freuden in der Fremde lesen. Jetzt schließe ich . . .“

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 76 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 2. April 1911:

Dem uns über sandten Bericht der Direktion des Vereins Unterrichtshilfe für die Jugend in Westpreußen für 1910, dem 62. Jahre seines Bestehens, entnehmen wir folgende wichtigeren Einzelheiten:

Die Mitgliederzahl gibt der Bericht nicht an. Es ist nur bekannt, daß sich im Jahre 1910 18 Mitglieder gemeldet haben, fünf gestorben und drei ausgeschieden sind. Die Direktion setzt sich zusammen aus den Herren: Michal Kalkstein aus Klonowken, Ehrenvorsitzender, Michal Sczaniecki aus Nawra, Vorsitzender, Domherr Dr. Poblocki aus Kulm, stellv. Vorsitzender, Jan Sczaniecki aus Nawra, Hauptkassierer und Schriftführer, Jan Dominierski aus Buchwald, Josef Lachowicz aus Lissewo, Dr. Łajzewski aus Graudenz, Erasmus Parczewski aus Belno, Adolf Rodonski aus Pr.-Stargard und Dr. Witold Glaszki aus Wabecz.

Die Einnahmen haben im Jahre 1910 9396,10 M und die Ausgaben 10 678 M betragen. Das Vereinsvermögen mit Zinsen beträgt 94 634,54 M und der Vor schußfonds 2897 M. An der Jahreseinnahme von 9396 M sind am meisten die Kreise Pr.-Stargard (757 M), Thorn (691,50 M) und Schwetz (620,75 M) beteiligt. Den geringsten Betrag mit 40 M weist der Kreis Rosenberg auf.

Unterstützt wurden 38 Akademiker, 7 Besucher von Fachschulen und 52 Gymnasiasten. Stipendien haben erhalten 9 Theologen, 3 Juristen, 11 Mediziner, 1 Volkswirtschaftler, 1 Philologe, 4 Dentisten, 3 Techniker, 2 Apotheker, 2 Landwirte, 1 Bankbesitzer, 1 Drogist, 1 Maurer, 1 Seiler, 1 Mechaniker, 1 Schlosser und 1 Uhrmacher.

Aus Nr. 74 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 31. März 1911:

Ausstellung in Berent.

Wir erhalten nachstehenden Aufruf:

Wir haben vor einigen Wochen an die geehrten Gewerbetreibenden das „Reglement für die Gewerbe-

ausstellung in Berent" verschiebt, die vom 25. Juni bis 9. Juli stattfinden soll. Mit dieser Gewerbeausstellung soll auch eine landwirtschaftliche Ausstellung verbunden werden, soweit sich Aussteller für diese Abteilung melden. Aber aus technischen Rücksichten, weil am 26. Juni wahrscheinlich der Verbandstag der landwirtschaftlichen Vereine in Berent tagen wird, wozu der große Saal benutzt werden wird, werden wir den landwirtschaftlichen Teil am Tage der Versammlung wohl besonders darstellen müssen. Die geehrten Gewerbetreibenden, die ihre besonders für Landwirte notwendigen Erzeugnisse ausstellen wollen, wollen daher im gegebenen Falle diese Erzeugnisse, wie Maschinen, landwirtschaftliche Geräte usw. schon einige Tage früher schicken. Die übrigen Aussteller, besonders im großen Saal, können ihre Gegenstände erst nach dem Verbandstag der landwirtschaftlichen Vereine ausstellen.

Es melden sich schon Interessenten, und wir hoffen, daß die Ausstellung gelingen und zur Hebung unserer Industrie beitragen wird. Darum bitten wir um möglichst zeitige Anmeldung durch Ausfüllung des dem Reglement und der Zeichnung von dem Plaze der Ausstellung beigegebenen Formulars.

Gleichzeitig fordern wir die geehrten Gewerbetreibenden auf, die in den „Führer durch die Ausstellung“ aufzunehmenden Annoncen einzufügen.

Wir sind überzeugt, daß wir nicht allen geehrten Gewerbetreibenden, die sich an der Ausstellung gern beteiligen möchten, entsprechende Formulare zugesandt haben. Das ist aber nicht in böser Absicht geschehen, sondern nur aus dem Grunde, weil wir die Adressen nicht kennen. An alle diejenigen also, die ihre eigenen Erzeugnisse gern ausstellen möchten — auch aus anderen Landesteilen, — wenden wir uns mit der Bitte, ihre Adressen schnellstens mittels Postkarte an nachstehende Adresse mitzuteilen: Fr. Biedowicz, Berent, Westpr.; sie werden dann umgehend die notwendigen Formulare erhalten. Das bezieht sich insbesondere auf diejenigen Herren, deren Adressen wir nicht gekannt haben.

Die uns wohlwollenden Blätter bitten wir um gefällige ein- oder zweimalige Wiederholung dieses Aufrufes.

Das Komitee
der Gewerbe-Ausstellung.

**Broblewski, Pfarrer, Rudawski, Biedowicz,
Szopinski.**

Aus Nr. 41 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 6. April 1911:

Aus Ostpreußen.

Gilgenburg.

Ein 500 Morgen großes Vorwerk kann von einem Deutschen erworben werden. Der Boden ist gut und eben. Die Gebäude sind neu und gut. Ein Pole kann dieses Besitztum mit totem und lebendem Inventar für 130 000 M. kaufen. Meldungen nimmt Fr. Kramski-Gr. Lehwalde bei Gilgenburg Ostpr., entgegen.

Aus Nr. 77 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 4. April 1911:

**Für Lutheraner Kirchen
und für Katholiken Scheunen.**

Zwischen der geistlichen Behörde und der Regierung schweben seit langem Verhandlungen wegen

Erbauung eines Gotteshauses für die Katholiken der Pfarodie Gr. Kozelew in Ostpreußen. Bisher sind dort die Gottesdienste in einer alten Scheune abgehalten worden, die sich einen kulturhistorischen Ruhm in der ganzen Welt erworben hat.

Leider ist die Regierung um die Sicherheit der Katholiken sehr besorgt, denn sie hat die Benutzung der Scheune zu Andachten nur unter gewissen Bedingungen gestattet. Besonders will sie die Holzwände durch gemauerte Wände ersetzt haben, damit die Parochianen nicht etwa verbrennen.

Da aber die Untermauerung der ganzen Scheune große Kosten verursachen würde, hat die bischöfliche Behörde in Pielplin schon am 10. Oktober 1910 bei der Regierung in Allenstein beantragt, die Errichtung einer massiven Kapelle in Kozelew zu gestatten. Seit dieser Zeit ist $\frac{1}{2}$ Jahr vergangen, und eine Antwort ist bis jetzt noch nicht erfolgt.

In diesem selben Kozelew hat die Regierung ein protestantisches Gotteshaus erbauen lassen, das bisher dort noch nicht gewesen war. Als sich der Besitzer von Kozelew, der Katholik ist, als Patron dem Bau eines Gotteshauses widersetzte, wurden ihm Vieh und Feldfrüchte in einem Werte von 8000 M. gepfändet. Der Besitzer hat sich beim Minister beschwert, bekam aber im Verlauf einer Woche eine abschlägige Antwort.

Wenn es sich also um ein protestantisches Gotteshaus handelt, dann zeigt die Regierung eine bewunderungswürdige Eile, die Katholiken dagegen können in ihrer hölzernen Scheune ein halbes Jahr und noch länger warten. So sieht die durch die Minister von der Parlamentstribüne aus gerühmte Gleichberechtigung der Katholiken mit den Protestanten aus.

Aus Nr. 41 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 6. April 1911:

Ein Pole Magistratsmitglied.

In Lessen, Kreis Graudenz, ist an Stelle des Kaufmanns Schpitter der Schneidermeister Herr Wiczarski zum Magistratsmitglied gewählt worden. Die katolischen Blätter jammern ungeheuer darüber, weil der Pole nur mit einer unbedeutenden Stimmenmehrheit gewählt worden ist und einige Deutsche sich der Abstimmung enthalten haben.

Da sie gewiß schon genug an der katolischen Hege haben, wollten sie lieber gar nicht stimmen.

Aus Nr. 39 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 1. April 1911:

„Es ist die höchste Zeit, zu beginnen.“

In Sachen des Artikels unter obiger Spitzmarke in Nr. 38 der Gazeta Gdańska erhalten wir vom Patron des Verbandes der Volksvereine folgende Erklärung:

„Die Volksvereine befassen sich grundsätzlich nicht mit der laufenden Politik und sie sind, streng genommen, keine politischen Vereine.

Darum kann man in den Vereinsversammlungen wohl die Wahltheorie darstellen, doch die Wahl-agitation mögen die Volksvereine den Wahlvereinen oder Vertrauensmännern überlassen.

Die Volksvereine sollten sich auch deshalb in die Wahlagitration nicht einmischen, weil das möglicherweise Anlaß zu Zwistigkeiten und Reibereien geben könnte, während die Volksvereine, welche alle

sich zur gemeinsamen Aufklärungsarbeit zusammen-
schließen sollen, über den Parteien stehen müssen.

Garz, den 30. März 1911.

Rupczynski, Pfarrer,
Patron des Verbandes der Volksvereine."

(Wir können uns mit dem Standpunkt des Herrn
Patron nicht ganz einverstanden erklären, weil die
Volksvereine von den Behörden als politisch anerkannt
sind und werden. Mit der Wahlagitation in des
Wortes vollster Bedeutung dürfen sich Vereine als
solche nicht befassen, aber sie können in dieser Be-
ziehung aufklärend, und zwar in nationalem Geiste, auf
ihre Mitglieder einwirken. — Ann. d. Red.)

Aus Nr. 40 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 4. April 1911:

**„Erlaubt es nicht,
daß die Kinder germanisiert werden“**

überschreibt sich ein Artikel der Gazeta Gdańska, in
dem es u. a. heißt:

Besonders bei uns in der Kaschubei kommen in
dieser Beziehung Übergriffe vor, da vielen polnischen
Kindern die Grundsätze des hl. Glaubens in einer
fremden, ihnen unbekannten Sprache gelehrt werden,
und die hieraus entstehenden Folgen im späteren Leben
sind schrecklich. Möge ein derartiges Kind, nachdem
es erwachsen ist, in eine Umgebung kommen, wo starke
religiöse Grundlagen notwendig sind, dann wird es
sicher dem Glauben gegenüber bald gleichgültig werden
und für die Kirche verloren gehen. Und das kommt
daher, weil es sich in der Jugend die Grundsätze des
hl. Glaubens nicht zu eigen gemacht hat, weil sie ihm
in einer ihm unverständlichen Sprache eingeimpft
worden sind. Das Ohr hat wohl die Worte ver-
nommen, doch bis zum Herzen sind sie nicht gedrungen.

Es ist also Pflicht der Eltern, dafür zu sorgen,
daß dem Kinde der Religionsunterricht in der Mutter-
sprache erteilt wird, und über diese Verpflichtung
werden sie einst vor Gott Rechenschaft ablegen müssen.

Bei uns kommt es leider so häufig vor, daß das
den Religionsunterricht besuchende Kind nicht polnisch
lesen kann, und wie soll es da aus einem polnischen
Katechismus lernen? Der Geistliche, und besonders
ein solcher, der vom nationalen Geist und der Wichtig-
keit der Erteilung des Religionsunterrichts in der
Muttersprache nicht durchdrungen ist, will den Kindern
nicht vorher polnisch lesen lernen, oder er hat auch keine
Zeit dazu. Das wäre auch eine sehr schwere Aufgabe.
Hier haben die Eltern die Pflicht, dafür zu sorgen,
daß das Kind lesen lernt, ehe es zum Religions-
unterricht geht. Hier dienen zur Unterstützung pol-
nische Bücher und Zeitungen, besonders aber die
letzteren.

Es ist also kein leeres Geschwätz, wenn die Zei-
tungen fortwährend rufen: Abonniert und verbreitet
zur Verteidigung der Nationalität und des hl. Glaubens
polnische Zeitungen, denn sie haben für die Verteidigung
des Glaubens unserer Vorfahren gegenüber dem Ger-
manisierungssystem wirklich eine ungeheure Bedeutung.
Man muß also die polnischen Blätter unterstützen und
dahin streben, daß sich in jedem polnischen Hause ein
polnisches Blatt befindet. Dann werden sich die
Kinder nicht verdeutschend und wir werden sowohl den
Vorbereitungsunterricht als auch die hl. Beichte in
polnischer Sprache erlangen, weil dann die germani-
satorischen Geistlichen nicht mehr die Ausrede haben
werden, daß die Kinder nicht polnisch lesen können.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 76 des Postemp (Posen)
vom 2. April 1911:

Erschreckende Erscheinungen.

Aus Oberschlesien wird uns geschrieben:

Die Stadt Sosnowitz im Königreich Polen zählt
gegenwärtig zusammen mit den Vorstädten 140 000 Ein-
wohner. Es herrscht dort eine schreckliche Unordnung.
Handel und Gewerbe befinden sich noch in den Kinder-
schuhen, und es scheint, daß sie niemals daraus heraus-
kommen werden. Die Mehrheit der Einwohner kauft
alles in Preußen, in Kattowitz ein. Es ist soweit ge-
kommen, daß manche zum Mittagessen, ins Theater
und ins Kabarett nach Kattowitz gereist kommen.
Überhaupt hat man seit der Zeit, seit der man im König-
reich Halbpässe erhält, den Eindruck, daß eine ansehn-
liche Zahl Polen aus dem Königreiche ständige Gäste
in Preußen sind.

Der Zustrom der polnischen Kundschaft aus dem
Königreich ist ungeheuer. Die Kattowitzer Kaufleute
sind in ihren Abnehmern wählerisch. So gibt es z. B.
einen Juden, der eine solche „polnische Dame“ aus dem
Königreich beschimpfen und zur Tür hinausweisen darf.
Eine solche Tatsache macht gar keinen Eindruck, weil
zehn andere „Damen“, und oft sogar dieselben, zum
Fenster hineinkriechen, wenn man sie zur Tür hinaus-
gewiesen hat. Im Königreich würde man sich über
eine solche Behandlungsweise beleidigt fühlen, aber hier
in Kattowitz geht alles hin aus Furcht vor der Polizei
und deshalb, weil dies nicht zu Hause, sondern in
Preußen geschieht.

Die Stadt Kattowitz zählt nach der letzten Volks-
zählung 43 000 Einwohner. Es hat aber hinsichtlich
der Einwohnerzahl im Vergleich mit anderen Städten,
mit Ausnahme der Hauptstädte, die meisten Geschäfts-
läden. Dies ist ein deutlicher Beweis dafür, daß sich
in Kattowitz Handel und Gewerbe dank der Unter-
stützung der Bürger aus dem Königreiche entfalten.
Hier kauft man gute und schlechte Waren, im König-
reiche aber befinden sich Handel und Gewerbe auf dem
Aussterbeetat.

Man möchte glauben, daß, wenn so viele „national-
bewußte“ Bürger aus dem Königreiche nach Kattowitz
kommen und bei den Ihrigen kaufen, sich die Kattowitzer
Kaufmannschaft wenigstens zur Hälfte aus Polen zu-
sammensetzt. Indes ist es Tatsache, daß 99 % der
nach Kattowitz kommenden Bürger aus dem Königreiche
überall kaufen, nur nicht bei den Ihrigen. Und unter
diesen sind sogar solche, die andere das Vaterland lieben
und bei den Landsleuten kaufen heißen. Viele von
ihnen haben sogar bei sich Aufschriften: „Boykottiert
die preußischen Waren und die deutsche Industrie“.
Dank dieser „Aufklärung“ und dem „Verständnis für
die Sache“ bereichern sich verschiedene Kattowitzer
Izeks und Moses, die Unserigen aber gehen betteln.
Wir haben hier einige polnische Kaufleute; aber fragt
sie nur, ob sie ihre Existenz den Polen verdanken, und
sie werden euch mit vor Schmerz und Scham ver-
zerrtem Munde antworten, daß jeder Bürger aus dem
Königreiche solange beim Polen kauft, wie er bei ihm
Schulden macht; dann geht er zum Deutschen und
Juden und zahlt bar.

Und wenn ihr einen aus dem Königreiche fragt,
warum er bei den Seinigen nicht kauft, dann wird
jeder tausend Ausflüchte haben und keiner wird sich zu
einem Fehler bekennen. Die Mehrheit entschuldigt sich
damit, daß bei den Deutschen und Juden eine größere
Auswahl vorhanden ist. Das ist ein schwaches Ar-
gument, denn diese Auswahl wird sich, wenn wir auf

diesem Wege nicht umkehren, unter den polnischen Kaufleuten ständig verringern.

Die Folgen der gesamten Einfuhr aus Preußen nach dem Königreich, vor allem nach dem Dombrower Kohlenbecken, wo eine ziemlich stark entwickelte Bergbau- und Hüttenindustrie mit dichter Bevölkerung besteht, kann man in der Weise zusammenfassen, daß die Bürger aus dem Königreich den Handel und das Gewerbe zum Aussterben verurteilen. Denn der Rattowitzer Handel sollte in Wirklichkeit in Sosnowice und der Sosnowicer Handel in Rattowitz sein. Das würde den örtlichen Verhältnissen und den Anforderungen der Einwohner entsprechen. Indes geschieht es umgekehrt. Im Dombrower Kohlenbecken haben sich auswärtige Einwanderer der Industrie bemächtigt und tragen unser verdientes Geld zu ihren Landsleuten nach Preußen. Dies ist eine Erscheinung, die für uns keine gute Zukunft prophezeit, und sie müßte genau untersucht werden.

Möge es uns aber nicht scheinen, daß die Bürger aus dem Königreich Fehler begehen, wir aber ohne Vorwürfe sind. Die Lösung, die Seinen zu unterstützen, ist in Oberschlesien eine leere Redensart. Die polnische Bevölkerung kauft dort, wo es „billig“ ist. Es gibt wenige solche, die auf die Güte der Ware achten, und noch weniger solche, die sich die Folgen der Verdrängung polnischer Kaufleute überlegen. Indes darf man diese Tatsache nicht geringschätzen, denn wenn jemandem, so sollte es uns daran liegen, daß weder die Regierung, noch der Hafatismus den polnischen Handel zu verdrängen imstande wären.

Um aber diese Dinge zu verstehen, ist eine nationale Aufklärung der breiten Volksmassen notwendig. Und das kann man von unserem Volke leider noch nicht sagen. Es ist gutmütig und tugendhaft, im allgemeinen aber weit davon entfernt, seine Pflichten gegen die ganze Nation zu verstehen. Hier feiert das Deutschtum seine Triumphe. Einzelne fühlen polnisch, aber diese ganzen Massen wissen von Polen noch nichts. Sie lesen zwar Zeitungen, ja viele von ihnen lesen sogar polnische Zeitungen, aber alles das genügt nicht. Die Germanisation ist schon so festgewurzelt, daß sich des Menschen Verzweiflung bemächtigt, wenn man auf diese in nationaler Beziehung kritiklosen Massen blickt.

Eine geradezu erschreckende Erscheinung ist das Schwinden des Polentums bei der jetzigen Generation. Während die Vorfahren darauf hielten, daß die Kinder polnisch sprachen, halten darauf heut nur Einzelne. So lange in der Schule polnisch unterrichtet wurde, konnte das polnische Volk in Schlesien polnisch lesen. Seit der Zeit der Verdrängung der polnischen Sprache aus der Schule glauben zwei Drittel der Polen in Schlesien daran, daß die polnische Sprache überflüssig ist, und halten es für ihre Pflicht, ihre Kinder zu Deutschen zu erziehen. Daher die Erscheinung, daß die Mutter deutsch nicht versteht, zum Kinde polnisch spricht und dieses deutsch antwortet.

Der deutsche Schulunterricht zeitigt schon seine Früchte. Auf 60 000 Leser deutscher Zeitungen werden 50 000 Polen entfallen. Und setzt in unsere Kirchen hinein. Dort, wo vor Jahren das Volk polnische Lieder sang, daß die Wände zitterten, hören wir heute einen schwachen polnischen, statt dessen aber einen stärkeren deutschen Gesang. Seht euch die Kinder an, die zum ersten Male zum Tische des Herrn gehen. Auf 95% polnische Parochianen gehen ein Duzend polnische Knaben und zwei Duzend polnische Mädchen zur ersten hl. Kommunion, statt dessen aber 200 deutsche Kinder auf 5% der deutschen Parochianen.

Daraus folgt wiederum unwiderleglich, daß die preußische Schule ihre Triumphe feiert, und die Kirche hilft ihr darin. Die Mehrheit der Geistlichen in

Schlesien radebrecht absichtlich die polnische Sprache, um sie uns vollends zu verhungern. Um der Regierung und der höheren Kirchenbehörde, welche im Verhältnis zu den Polen die Gebote der Gerechtigkeit nicht kennt, zu gefallen, prüfen die Geistlichen unsere Kinder nicht, ob sie befähigt sind, den Religionsunterricht in deutscher Sprache zu verstehen, sie sehen es vielmehr gern, daß die polnischen Kinder den deutschen Unterricht besuchen.

Die Verwüstungen des preußischen Schulsystems sind einfach schrecklich. Es gibt wenig Leute unter den Arbeitern, die ihre Kinder polnisch lesen und schreiben lehren. Die Mehrheit der Polen fürchtet sich, in Gegenwart eines Vertreters der Behörde oder vor einer deutschen Umgebung polnisch zu sprechen. Und es ist Tatsache, daß, wer so tief gefallen ist, daß er sich vor sich selbst nicht mehr schämt, diese Probe, welcher unterworfenen Nationen ausgesetzt sind, nicht bestehen wird. So wird es auch, sofern unsere Volksgeamtheit ihre Aufmerksamkeit auf Schlesien nicht lenken wird, nicht gar zu lange dauern, bis es sich ganz verdeutschet. Es stellt heute noch einen in den letzten Zügen liegenden Menschen vor, dessen kramphafte Zuckungen den nahen Tod bedeuten.

So stellt sich mir die polnische Bewegung in Schlesien dar, und ich würde mich freuen, wenn sich meine Vermutungen nicht verwirklichen würden.

Ein Rationaler.

Aus Nr. 42 der Gazeta Ludowa (Rattowitz)
vom 2. April 1911:

Graf Braschma in Königshütte.

Wie ich in Zentrumsblättern gelesen habe, fand in Königshütte eine große Zentrumswählerversammlung statt. Der Saal soll überfüllt gewesen sein, und dem Grafen Braschma wurde mit vielen Bravorufen gedankt. Es ist schon ein Brauch der Zentrumsleute in Oberschlesien, über die polnische Fraktion herzufallen, so verdammte auch dieses Mal der Graf die polnische Fraktion und ihre Vertreter aus Oberschlesien.

So oft die Zentrumsleute ihren Mund öffnen, sagen sie, daß sie die billigen Rechte des polnischen — Pardon des obereschlesischen — Volks verteidigen. Als ob das obereschlesische kein polnisches, sondern ein preußisches (?) Volk wäre.

Ich schrieb schon einmal, daß, wenn wir den Religionsunterricht in der Muttersprache fordern und wenn wir die germanisatorischen Geistlichen verurteilen, dann in ganz Israel ein Lärm entsteht! Verteidigen wir nicht billige Rechte, wenn wir die Erhaltung unserer Sitten verteidigen?

Ich möchte den Herrn Grafen fragen, ob wir etwas Unbilliges verlangen? In Belgien fordert der flämische Volksstamm eine Universität mit flämischer Unterrichtssprache. Die belgischen Franzosen widersetzen sich dem. Gerade diesen belgischen Franzosen und denjenigen Personen, welche die Einführung der französischen Sprache wünschen, geben die Zentrumsleute den schönen Beinamen: „Französlinge.“ Wenn es die Flamen dürfen, so dürfen auch wir eine polnische Universität fordern!

Welcher Lärm würde im Kreise der patriotischen Zentrumsleute entstehen, wenn wir dies fordern würden. Wenn wir eine Nation bleiben und unsere Schätze verteidigen wollen, wenn wir uns der göttlichen Vorsehung anvertrauen, wer kann uns, die wir unter solchen Verhältnissen leben, wie die unsrigen sind, dies verargen? Jeder will sein Los verbessern, und wir ebenfalls!

Der Graf behauptete, die polnische Fraktion in Berlin sei zu schwach, als daß sie für uns Polen etwas erwirken könnte. Was hat uns denn das so starke

Zentrum erwirkt? Es kam die Enteignung, der Maulkorbparagraph, in den untersten Klassen der Volksschule die Erteilung des Religionsunterrichts in deutscher Sprache, die Gründung der Ansiedelungskommission, die Ostmarkenzulagen, und das alles trotz dieser starken Zentrumsparthei! Die Zentrumsleute sind so stark; warum haben sie, die da sagen, daß sie für die Gerechtigkeit eintreten, uns nicht wenigstens die Erteilung des Religionsunterrichts in der Muttersprache erwirkt? Wurde doch für die Jesuiten soviel getan; es war keine Session, in welcher nicht der Antrag auf Streichung der § 1 und 2 dieses Gesetzes erneuert worden wäre. Warum verteidigen sie nicht auch uns, und warum forderten sie nicht für uns das Recht, daß den polnischen Kindern der Religionsunterricht in der Muttersprache erteilt werde? Ist eine ganze Nation weniger wert und von geringerer Bedeutung, als ein Orden?

Die Kirche hat ohne Orden gelebt, und sie kann ohne sie leben, aber eine Nation kann ohne ihre Sprache nicht leben, und darunter wird die Religion leiden. Denn wie können nicht verstandene Glaubenslehren auf junge Herzen einwirken? Es wurde eine Petition mit Unterschriften, sogar des Bischofs, versandt, aber auch nur versandt, nichts weiter. Sie wurde versandt, um sich damit zu brüsten; indes germanisieren diejenigen, die sie unterschrieben haben, was das Zeug hält. Wozu besteht noch heut der geheime Ukas des Herrn Kardinals vom 6. August 1890, der die Erteilung des Unterrichts in der Muttersprache verbietet? Warum wurde in ihm gesagt, daß schwache Kinder, die weder deutsch noch polnisch verstehen, deutsch (sic!) unterrichtet werden sollen!! Es wurde dort gesagt, daß der Geistliche dann seinen Unterricht mit dem Schulunterricht (?) verbindet. Erhält denn das Kind Religionsunterricht nicht zuerst im Elternhause?! Sollte nicht besser der Religionsunterricht mit dem häuslichen Unterricht, mit dem polnischen Gebet verbunden werden? Ein Zentrumsgeistlicher lehrte die Kinder, es sei eine Sünde, auf der Straße polnisch zu sprechen!! Die Wähler, welche für die polnischen Kandidaten stimmen, sind nach den Worten des Grafen zukünftige Sozialdemokraten. Herr Graf, die zukünftigen Sozialdemokraten sind die in der Religion mit Hilfe der deutschen Sprache erzogenen Kinder! Wo am meisten germanisiert wird, dort sind auch die meisten Sozialdemokraten. Graf Praschma schlug diesmal auf die Agitatoren drauflos! Wer war der erste schlesische Agitator? Der verstorbene Miarka, ein geborener Schlesier! Wer hat den Kampf um die Zugehörigkeit der polnischen Abgeordneten zur polnischen Fraktion durchgeführt? Geborene Oberschlesier. Posener Agitatoren gab es nicht, und schon der berühmte Jesuit Jęplichal riet, die Schlesier zu germanisieren. Es gab damals noch keine „gefährlichen“ Posener in Schlesien, aber in Breslau bestanden schon Vereine der polnischen akademischen Jugend aus Schlesien.

Die Radikalen untergraben das Ansehen der Geistlichen, sagt der Herr Graf! Der Herr Graf irrt sich. Die Geistlichen selbst haben ihr Ansehen untergraben. Das Volk aber ehrt und achtet seine Geistlichen, die von dem Mutterstamm noch nicht abgefallen sind.

Warum hängen die Zentrumsgeistlichen das katholische Fähnchen so auffallend aus? Ist es etwa nicht erlaubt, politisierende Geistliche zu kritisieren? Kritisierten etwa die Zentrumsleute nicht den Priester, den Verfasser des Buches „Holla, eine innere Gefahr“, und kritisierten den Geistlichen Kaufmann nicht dieselben Zentrumsleute, die uns vorwerfen, daß wir die Geistlichen nicht achten?! Wie unverschämt kritisierten sie den Pfarrer Bendziolek, den Pfarrer Skowronski und zuletzt

den Pfarrer Barczewski, den polnischen Kandidaten in Westpreußen.

Was unsere Ausbreitung anbetrifft, so strecken wir, Herr Graf, die Hand nicht nach euch aus; wir gehen nicht zu euren Leuten, zu den Deutschen; wir gehen zu den unsrigen, wir gehen zu den Polen! — Haltet auch ihr an diesem Grundsatz fest, geht zu den eurigen, und es wird Friede unter uns eintreten!

Worum ist es denn den Zentrumsleuten zu tun? Es ist ihnen um die Grabesstille in Schlesien zu tun: darum, daß sie im stillen ohne jede Störung hier das polnische Volk zielbewußt germanisieren könnten. Und

wehe dem, wer sie in dieser Arbeit stört!

Geistlicher H . . . s.

Aus Nr. 43 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 4. April 1911:

Germanisatorische Geistliche.

In polnischen Blättern las ich von dem neuesten Auftreten des Pfarrers Dgan. Dieser „eifrige Priester“ hat ein ganzes Verzeichnis katholischer, natürlich Zentrumszeitungen veröffentlicht, denn nur solche sind nach seiner Ansicht „katholisch“. Und er hat die Stirn, dem polnischen Volke deutsche Zeitungen anzupreisen. Pfarrer Dgan kennt als Sohn eines polnischen Bauers sicherlich das obereschlesische Sprichwort vom Ochsen und Kalbe! In der Tat, in Gottes Welt geht es sonderbar zu. Der Sohn eines polnischen Bauern, aus einer niedrigen obereschlesischen Hütte hervorgegangen, will, nachdem er seine Abstammung verleugnet hat, dem Herzen des polnischen Bauern das entreißen, was ihm das teuerste ist, die Liebe zur Muttersprache. Leider kommen solche Beispiele unter dem obereschlesischen Klerus häufig vor. Entweder wollen sie die Vorwürfe des Gewissens dadurch betäuben, daß sie andere germanisieren, oder sie wollen irgendwelche persönlichen Vorteile erlangen, denn anders können wir uns dies nicht erklären.

Wenn schon ein Deutscher germanisiert, so wundere ich mich gar nicht, weil er sein „Vaterland“ vergrößern will. Doch geschieht es oft umgekehrt. Oft sind Deutsche von Hause und von Erziehung gegen die Polen gerecht und berücksichtigen die polnischen Parochianen. Ich war mit Geistlichen aus dem Westen zusammengekommen; sie sind weniger verbissene preussische Patrioten als unsere schlesischen Geistlichen. Auch das rein deutsche Volk singt nicht so gern und oft: Deutschland über alles, wie der verpreußte Schlesier.

Die verpreußten Geistlichen sind für uns die größte Gefahr. Selten hört man von einer Unzufriedenheit der Leute polnischer Nationalität in deutschen Parochien mit einem echt deutschen Pfarrer. Dagegen sind die eingefleischtesten Hatztisten die Söhne unseres polnischen Volks. Diese verpreußten Geistlichen tun, als ob sie die polnische Sprache im Leben nie gehört hätten, und doch wiegte sie die Mutter zum Schlaf mit einem polnischen Liedchen ein! Diese Geistlichen lehren das 4. Gebot Gottes das Volk und die Kinder, aber sie vergessen, daß Vater und Mutter ehren auch bedeutet, das zu ehren, was wir von den Vätern haben, nicht nur die goldene Uhr, die Photographie von den Vätern, sondern die treueste Photographie der Väter, die Muttersprache.

Ein Teil der obereschlesischen Geistlichen germanisiert der Karriere wegen. Schon in den akademischen Zeiten hörten wir bis über die Ohren die Spöttereien unserer Kommilitonen, daß wir nie eine Pfarrstelle erhalten werden. Als ob wir zu Pfarrern geweiht worden

wären. Es gibt Geistliche, die sich freuen, wenn sie in den polnischen Zeitungen „beschrieben“ werden, weil sie, wie sie sagen, desto eher Orden und Domherrnstellen erhalten werden. Es ist schlimm, sehr schlimm.

Wenn jemand die Predigersprache unserer Geistlichen kennen lernen will, nehme er die „Kirchlichen Nachrichten“ zur Hand. Dort gibt es wahre Blüten der klassischen polnischen Sprache. Ich wunderte mich stets, wie ein Geistlicher solche Elaborate nicht nur auf der Kanzel predigen, sondern sogar drucken kann. Gewiß hatte ich dadurch manch frohe Stunde, aber die „Kirchlichen Nachrichten“ sind doch nicht zum Vergnügen da, wie der Kladderadatsch, sondern sie sind sozusagen ein amtliches Blatt.

Pfarrer H . . . s.

Aus Nr. 78 des Górnoslazak (Kattowitz)
vom 5. April 1911:

Ein großer Krieg steht bevor!

Oder vielmehr dieser Krieg hat schon begonnen.

Wer führt Krieg? Die schlesischen Zentrumsleute — mit wenigen Ausnahmen — gegen uns! In Gleiwitz hielt die „Zentrale“ der Zentrumsgeistlichkeit eine Sitzung ab, in welcher die Herausgabe eines polnischen Zentrumsblattes beschlossen wurde.

Der Kurjer Górnoslanski, die Gazeta Katolicka genügt nicht, es soll noch ein drittes Blatt kommen.

Die Wahlen rücken heran und die Zentrumsleute wollen Schlesien wiedererobern.

Der Zentrumsabgeordnete Graf Praschma sagte in Königshütte ausdrücklich, daß das Zentrum auf das polnische Oberschlesien nicht verzichten könne.

Indes ist unsere Lösung die: Das polnische Land Schlesien — für die polnische Partei!

Diese natürliche, verständige Lösung wollen leider die Zentrumsleute nicht anerkennen. Sie wollen die verlorenen Mandate von neuem wiedergewinnen . . . Aber jeder von uns weiß, daß die Zentrumsleute die Interessen des polnischen Volkes nie so verteidigt haben, wie die polnische Fraktion.

Die Zentrumspartei stellte sich zwar in Berlin auf einen gerechten Standpunkt, aber von da bis zur Unterstützung des polnischen Volkes ist ein sehr, sehr weiter Weg . . . In Berlin ein korrekter Standpunkt, im Lande aber, in Schlesien, praktische Germanisation mit Hilfe der Geistlichen, Lehrer usw., mit Hilfe unzähliger Bruderschaften, Vereine, Zeitungen usw.

Wer von den Zentrumsleuten steht heut auf dem einzig gerechten Standpunkt des Grafen Oppersdorff, der gesagt hat, daß man aufhören müsse, das unaufgeklärte polnische Volk in die deutschen Vereine hineinzuziehen? Wer auf diesem Standpunkt steht, möge auftreten und dies offen sagen.

Wir wissen, daß es eine gewisse Zahl gerechter Zentrumsleute gegenüber der polnischen Nation gibt, aber diese haben wir auch nicht im Auge, wenn wir die obige Ansicht äußern.

Uns ist es um diejenigen zu tun, die Einfluß besitzen und sich offen zum Hatatismus bekennen, da sie mit dem Standpunkt des Grafen Oppersdorff nicht einverstanden sind, mit dem Standpunkte, der auf Gerechtigkeit aufgebaut und gleichsam die Fortsetzung des Standpunktes des verstorbenen, aus dem Kulturkampf ehrenvoll bekannten Zentrumsführers von Schorlemer-Mst ist.

Wir führen z. B. die Stimme des Pfarrers Siegismund aus Pellowa an, der ausdrücklich schrieb, daß er den Standpunkt des Grafen Gygersdorff nicht billigt.

Wie er, denken sehr viele, besonders die Mitglieder des Ostmarkenvereins, die zwar die offizielle Zentrumspartei verleugnen, die aber trotzdem dem Zentrum angehören, in ihm eine hervorragende Stelle einzunehmen und sich in den Zentrumsblättern in sehr bezeichnender Weise vernehmen lassen, und wären es nur die Pfarrer Raffet aus Tarnowitz, Feja aus Kleuschnitz, Nieborowski aus Reichthal.

Pfarrer Ogan aus Ruda tritt in seinen „Pfarramtlichen Nachrichten“ (Nr. 13 vom 26. März d. J.) schon offen als Germanisator des jüngeren Geschlechts und als Gegner der „Berufsvereinigung“ auf, indem er gegen unsere Zeitungen wörtlich folgendes schreibt: (Es folgt die Wiedergabe des in Frage kommenden Artikels).

Der Berliner Verband wurde nicht ganz allein vom hl. Vater empfohlen, sondern er empfiehlt in gleichem Maße alle Organisationen, die sich auf christliche Grundsätze stützen.

Die Polnische Berufsvereinigung ist eine Organisation mit katholischen Grundsätzen. Es gibt kein kirchliches Urteil, welches die Berufsvereinigung verurteilt; deshalb darf man dieser Organisation angehören, und jeder polnische Arbeiter sollte ihr angehören, wenn er nicht der Germanisierung ausgesetzt sein will.

Die an das polnische Volk gerichtete Empfehlung deutscher Zeitungen aber ist offene Germanisierung. Dafür haben wir einen neuen, unwiderleglichen, sogar gedruckten Beweis.

Zu solchen und ähnlichen Dingen können wir nicht schweigen, weil wir sonst die nationale Pflicht nicht erfüllen würden.

Man sieht, daß viele Zentrumsleute, vielleicht ihre Mehrheit, einen neuen Angriff, einen Sturm auf das polnische Lager vorbereiten.

Die gerechten Zentrumsleute können dies nicht verhindern, und bis jetzt fehlt ja auch eine solche Kundgebung.

In Anbetracht dessen rufen wir unsere geehrten Leser auf die Schanzen zur Verteidigung.

Im Namen Gottes auf zum Kampfe um unsere heiligsten Güter.

Aus Nr. 7 der Wzajemna Pomoc (Königshütte)
vom 1. April 1911:

Wir grüßen Euch, Brüder, auf schlesischer Erde!

Im dem Augenblicke, in dem diese Annonce der Wzajemna Pomoc in die Hände unserer Kameraden gelangt, wird sich ein Teil Delegierter zur ersten Generalversammlung unserer Abteilung rüsten, die in Königshütte stattfindet.

Wir grüßen Euch, Kameraden, als die Vertreter unserer großen Organisation hier auf schlesischer Erde. Ihr kommt hier her aus allen Gegenden des unter preussischer Herrschaft stehenden Landes.

Zu welchem Zwecke kommt Ihr hier her? Nicht des Vergnügens wegen, sondern zu wichtiger Arbeit findet Ihr Euch ein. Es mag daran erinnert sein, welche große Pflicht die zu erfüllen haben, welche an der Generalversammlung teilnehmen. Von ihnen, von ihren Beschlüssen wird die Zukunft unserer Organisation abhängen.

Die Generalversammlung — das ist die Behörde der Delegierten, die durch die Mitglieder entsandt worden sind. Sie sollen alle größeren Sachen untersuchen, sie sollen sich bemühen um die Verbesserung; das aber müssen sie mit Bedacht tun, ihre Wünsche

müssen den Verhältnissen angepaßt werden, nicht unmögliche Sachen dürfen sie verlangen, die Anträge, welche von den Filialen gestellt worden sind, müssen sachlich begründet werden.

Wir begrüßen die Vertreter der Hüttenarbeiter, die zur ersten Generalversammlung hier herkommen und wünschen, daß die Beratungen unserer Abteilung zum Vorteile gereichen und zur Entwicklung der Polnischen Berufs-Vereinigung beitragen mögen.

Wir grüßen! Gottes Segen!

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 138 der Nowa Reforma (Kraakau)
vom 24. März 1911:

Kurze Dauer der Rede des Pfarrers Wajda. — Verteidigung der polnischen Interessen im Reichs- und Landtage. — Jahresversammlung der Bauernvereine. — Mißhandlung der Kinder. — Prophezeiung eines preussischen Richters. — Eine barbarische Strafe. —

Nicht geirrt haben sich die, die sogar nach dem unerhörten Eindruck, den im preussischen Landtage die Rede des polnischen obererschlesischen Abgeordneten, des Pfarrers Wajda, hervorgerufen hatte, auf keine realen Ergebnisse für das Polentum rechneten. Schon am nächstfolgenden Tage war der Eindruck vollständig verwischt; Pfarrer Wajda wird zwar noch immer für eine interessante oratorische Erscheinung gehalten, doch würden selbst die, die, von seiner Rede gerührt, Tränen über das Schicksal des armen polnischen Volkes in Schlesien vergossen hatten, heute kaltblütig für jedes gegen dieses Volk gerichtete antipolnische Ausnahme-gesetz stimmen. Selbst darüber verlautet nichts, ob der Minister Delbrück, der mit großer Aufmerksamkeit den Beschwerden des Pfarrers Wajda zugehört hatte, irgendwelche Ermittlungen hinsichtlich der von diesem Abgeordneten erwähnten Übergriffe der schlesischen Behörden, sowie hinsichtlich des den dortigen Arbeitern zugesügten Unrechts angeordnet habe. Das kreuzritterliche Reptil läßt sich durch nichts von der Bahn, die es zur Erreichung seines Zieles einmal einschlug, abbringen, höchstens durch eine Macht, die noch größer ist, als die seine.

Deshalb verdienen die polnischen Abgeordneten der beiden Berliner gesetzgeberischen Körper eine um so größere Anerkennung, daß sie sich durch die Fruchtlosigkeit ihrer Beschwerden nicht abschrecken lassen, sondern unausgesetzt die Gewalttaten und die Heuchelei der Regierung und der preussischen Behörden brandmarken. So hat z. B. vor einigen Tagen der greise Abgeordnete Leo v. Czarlinski im Deutschen Reichstage auf Grund unwiderleglicher Beweise auf die vielen von den preussischen Behörden während der letzten Volkszählung in den von den Kaschuben bewohnten Distriktkreisen begangenen Fälschungen hingewiesen; die Abgeordneten Sigismund Seyda und Jaworski enthüllten gelegentlich der Budgetberatungen im preussischen Landtage weitere Geheimnisse der preussischen Spionage und Verwendung von Dispositionsfonds der Regierung zu antipolnischen Zwecken; der Abgeordnete Korsantj erzählte dem Landtage, in welcher hinterlistigen Weise der bekannte Professor Bernhard sich während seines Aufenthalts in den polnischen Landesteilen über die polnischen Angelegenheiten informierte und in welcher Weise er demnächst alle ihm erteilten Nachrichten und Daten fälschte; der Abgeordnete Kulerski endlich forderte Beschleunigung der versprochenen Witwen- und Waisen-

versicherung, wozu sich die Regierung verpflichtet hat, einen Teil der aus den letzten Steuererhöhungen erzielten Einnahmen zu überweisen, bis jetzt aber ihrer Verpflichtung nicht nachgekommen ist. Auch diese Reden werden natürlich, ebenso wie die Rede des Pfarrers Wajda, keinen realen Erfolg haben, jedenfalls aber vergegenwärtigen sie fortwährend den Deutschen was die polnische Bevölkerung leiden muß, und überdies, daß sie keineswegs die Absicht habe, sich den preussischen Gewalttaten ohne Widerstand und ohne Verteidigung zu fügen. Sie haben auch den guten Zweck, daß sie, vom polnischen Volke gelesen, in diesem den Geist des Widerstandes wecken und aufrecht erhalten.

Wie sich dieses Volk kulturell und wirtschaftlich entwickelt, das bewies wieder die vor einigen Tagen in Posen abgehaltene Jahresversammlung der Delegierten polnischer Bauernvereine des Großherzogtums Posen. Zu Lebzeiten des verstorbenen Patrons Maximilian v. Jackowski waren zu diesen Versammlungen 500 bis 800 Delegierte erschienen; die diesjährige Versammlung wurde von über 1500 Delegierten besetzt. Von diesen Vertretern des polnischen Bauernstandes ging eine große nationale, sittliche und wirtschaftliche Kraft und Energie aus und der Verlauf der Versammlung bewies, in welchem hohem Maße sich unter ihnen von Jahr zu Jahr landwirtschaftlicher Fortschritt und Wohlstand verbreitet. Einer von ihnen, ein gewisser Bartholomäus Szajkowski, hielt einen Vortrag über Wiesenverbesserungen, der allgemeine Anerkennung fand. Als vor zehn Jahren Maximilian v. Jackowski aus seiner Stellung als Patron geschieden war, bestanden in dem Großherzogtum etwa 240 Bauernvereine, heute gibt es deren 353. Diese Entwicklung ist nicht zum geringen Teil das Verdienst seines Nachfolgers, des Herrn Joseph v. Chlapowski, der jetzt nach zehnjähriger erfolgreicher Arbeit dieses schwierige Amt einer jüngeren Kraft, dem Gutsbesitzer Gustav v. Rajewski-Jasin, einem tüchtigen Landwirte und mustergültigen Bürger über-ragen hat.

In welcher Weise die polnische Arbeiterbevölkerung an die nationale Arbeit und Organisation herangeht, davon überzeugt uns der unlängst herausgegebene Jahresbericht des polnischen Sokolturns innerhalb der Grenzen Deutschlands für das abgelaufene Jahr. Es zählt zur Zeit 203 Gaue (zehn mehr als in dem Vorjahre) mit 8673 Mitgliedern, beinahe 1200 mehr, als im Jahre 1909. Von dieser Zahl entfallen jedoch nur 2564 Mitglieder auf Gaue, die in den polnischen Landesteilen Preußens, also in den Provinzen Posen, Westpreußen und Schlesien bestehen; die ungeheure Mehrheit, nämlich 6100 Mitglieder gehört Gauen in der polnischen Auswanderung, im Herzen Deutschlands an. Da sich nun diese Auswanderung fast ausschließlich aus polnischen Arbeitern zusammensetzt, so sind dies also Arbeitergaue. Nirgends in Polen ist denn auch das Sokolturn tatsächlich eine so demokratische Organisation geworden, als gerade unter der preussischen Regierung. Und diese Bereitwilligkeit der dortigen polnischen Arbeiter, sich in den Dienst der Sokolvereine zu stellen, ist um so höher zu veranschlagen, wenn man bedenkt, wie vielen Verfolgungen die dortigen Gaue ausgesetzt sind. Allein nur in dem Bochumer Gaue, in Westfalen, bestehen 27 Sokolvereine mit mehr als tausend Mitgliedern. Wie die Sokols aber im preussischen Anteil und in der Auswanderung ihre Aufgabe auffassen, das beweist die Tatsache, daß von 8000 Mitgliedern 3500, also 45 v. H. aktive, d. h. turnende entfallen.

Hinzugefügt muß auch noch werden, daß der Zentralverband der dortigen Sokolvereine im vorigen Jahre 5527 Mark Einnahme und 4840 Mark Ausgabe hatte. Es ist daher kein Wunder, daß das preussische System sich die größte Mühe gibt, dieses Volk von dem

Polentum loszureißen und zu germanisieren und daß es sich in seiner Machtlosigkeit oft geradezu nichtswürdiger Mittel bedient. So werden neuerdings wieder in vielen großpolnischen Schulen polnischen Kindern von den Lehrern körperliche Züchtigungen dafür verabsolgt, weil sie zu Hause auf Geheiß ihrer Eltern polnische Bücher lesen oder polnische Briefe schreiben. Um von derartigen „Verbrechen“ Kenntnis zu erhalten, fordern diese barbarischen „Pädagogen“ die geistig minderwertigen Kinder auf, ihre Mitschüler und Mitschülerinnen zur Anzeige zu bringen. Also Vergewaltigung der natürlichen Rechte des Kindes und des Willens der Eltern einerseits und Förderung der sittlichen Fäulnis andererseits. Dies ist das Schulsystem in Preußen. Aber auch das verfehlt den Zweck, wie alles andere.

Ein preußischer Richter in Königshütte hielt in einem gegen den dortigen polnischen Verein „Lutnia“ angestrenzten Prozesse diesen Verein — trotzdem er sich lediglich mit dem Gesange befaßt — für einen politischen, (mit der Begründung, daß er die Germanisierung bekämpfe) und schwang sich schließlich zu dem Ausspruch empor: die Tatsache, daß die Schlesien bewohnende Bevölkerung sich noch der polnischen Sprache als ihrer Muttersprache bedient, ist bereits nur eine „vorübergehende Erscheinung“. Die Gebeine dieses preußischen Mannes werden längst zu Asche geworden sein, aber die polnische Sprache in Schlesien wird immer noch freier erschallen, als jetzt.

Aus der reichhaltigen Chronik der täglichen preußischen Gewalttaten ist hier noch hervorzuheben, daß in Westpreußen ein polnischer Maurer, Sarnowski, zu sechs Wochen Gefängnis nur deswegen verurteilt worden ist, weil er bei der Volkszählung nicht hatte erlauben wollen, daß er und seine Frau als Deutsche eingetragen wurden und weil er den die Listen unrichtig aufstellenden jungen Lehrer in der Erregung „Schulmeister“ genannt hatte.

Aus Nr. 150 der Czas (Krakau)

vom 1. April 1911:

Die Enteignung.

Als vor einigen Tagen der Redakteur der Warschauer Zeitschrift *Slowo*, Donimirski, in Berlin weilte, ließ er sich dort verschiedentlich über die Enteignung unterrichten. Aus dem Munde einer gut informierten Persönlichkeit erfuhr er, daß die Enteignungsbedingungen sich verschlechtert haben und zwar infolge der fortwährend steigenden Bodenpreise. Die zwangsweise Erwerbung des Grundes und Bodens seitens des Fiskus würde deshalb ein verhängnisvolles Geschäft für die Regierung sein und ungeheure Geldbeträge, über die annähernd für einen Hektar ausgeworfenen Kosten hinaus, erfordern. Diese Persönlichkeit versicherte dem Donimirski, daß die Regierung „an die Enteignung garnicht denke.“ Von einem Konservativen erfuhr der Redakteur des *Slowo*, daß die Ansiedlungspolitik eine äußerst unerwünschte Erscheinung herbeigeführt habe, nämlich dort, wo man die polnische Bevölkerung beseitigt habe, seien Ansiedler an deren Stelle getreten, die liberale und oppositionelle Organisation der Regierung gegenüber bildeten, die sie auf Staatskosten mit Wohlthaten überhäuft habe. Der Konservative versicherte, daß sich gegen die Enteignung eine Opposition erheben werde. Auf den Einwand, man hätte doch vor Erlaß des Enteignungsgesetzes Einspruch erheben sollen, antwortete er: „Herr v. Bülow hat uns so betört, indem er die Enteignung als eine notwendige Verteidigung hinstellte; heute wird es so weit nicht kommen, nicht deshalb, weil die Sympathien für euch gestiegen sind, sondern einfach aus dem Grunde, weil auch dieses Mittel erfolglos wäre; wir müßten mindestens die

antipolnischen Gesetze auf Schlesien, Ostpreußen, Pommern und Brandenburg ausdehnen, wo die Polen mit dem Aufkauf des Grundes und Bodens den Anfang machen würden. Ich bin nicht der Ansicht, daß sich heute noch eine Mehrheit im Landtage dafür finden würde, wenn die bis jetzt zur Anwendung gebrachten Mittel nur den Polen zugute gekommen sind.

Man hat mir von verschiedenen Seiten versichert — schreibt Donimirski weiter — daß man den Artikel der Konservativen Korrespondenz, der in der polnischen Presse ziemlich viel Staub aufgewirbelt hatte, in den konservativen Kreisen als sehr ungeschickt anerkannte. Angesichts der großen Schwierigkeiten, denen die Herbeiführung einer Verständigung unter allen Deutschen hinsichtlich der Wahlen in der Provinz Posen begegnet, gibt es unter den Konservativen viele, die den Verlust konservativer Mandate zugunsten der Nationalliberalen befürchten, die sich kassatistischer Lösungen bedienen. Die Folge davon war der Wunsch, zu beweisen, daß die Konservativen ihre Ansichten hinsichtlich der Polenpolitik nicht geändert hätten. Auf denselben Standpunkt wird sich die Regierung stellen, wenn die Frage in dem preußischen Abgeordnetenhaus zur Erörterung gelangt. Sie wird erklären, daß sie den Kurs der Polenpolitik nicht geändert habe, vorläufig aber nicht zu enteignen brauche, weil die Ansiedlungskommission Land genug habe. Die Vertagung der Verhandlungen über den Etat der Ansiedlungs-Kommission, vielmehr über die Tätigkeit der Ansiedlungs-Kommission — der Etat wurde bewilligt — beweist ja, daß nicht nur die Regierung keine Eile mit der Erörterung der Enteignungsfrage habe, sondern daß auch den politischen Parteien, sogar denjenigen, die früher kassatistisch waren oder es noch sind, wie die Nationalliberalen, an deren Beschleunigung nichts gelegen sei. Man entschuldigte dies mit der angeblichen Notwendigkeit der Beschleunigung der Budgetdebatten, wenn jedoch jemandem in den deutschen Parteien an der Erörterung der Enteignungsfrage gelegen wäre, hätte sich die Zeit gefunden, der übermäßig langen Diskussion aber hätte die Mehrheit durch deren Schluß vorbeugen können.

In den Kreisen der Zentrumsabgeordneten herrscht entschieden die Überzeugung, daß es wahrscheinlich weder jetzt, noch in Zukunft zur Enteignung kommen werde. In der deutschen öffentlichen Meinung trat eine gewisse Wendung ein; hier waren jedoch weder Grundsätze, noch menschenfreundliche Anschauungen von Einfluß, hier hat die polnische Bevölkerung durch ihre unerhörte wirtschaftliche Entwicklung geradezu imponiert.

Die Polen haben doch bei der Ansiedlungspolitik nichts eingebüßt — sagte zu mir am Schluß einer längeren Unterredung der bekannte Professor Delbrück.

Weshalb wird also ein so erbitterter zweckloser Kampf geführt?

Ich habe ja niemals die Ansiedlungs-Kommission in Schutz genommen, sondern sowohl deren Tätigkeit, als auch verschiedene andere Erscheinungen der Politik bekämpft. Auch die polnischen Abgeordneten glauben nicht daran, daß die Regierung mit der Enteignung den Anfang machen werde. Ihrer Ansicht nach tragen dazu sehr viele verschiedene Ursachen bei, und zwar wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische. Ich begegnete sogar der Ansicht, daß zur Zeit die internationale Politik eine Rolle spielen könnte. Jedenfalls muß ich es feststellen, — so schließt der Redakteur des *Slowo* — daß ich unter den Personen, mit denen ich gesprochen habe, niemandem begegnete, der annehme, die Regierung werde unter den heutigen Verhältnissen mit der Enteignung beginnen.

Aus Nr. 102 des
Deutschen Volksblattes für Galizien (Lemberg)
vom 31. März 1911:

Aus der polnischen Gesellschaft.

Am 15. März l. J. begann vor dem Schwurgericht in Krakau die Verhandlung gegen Stanislaus Trudnowski und Michael Sadowski, von denen ersterer wegen Verbrechens des Mordmordes, letzterer wegen Mitschuld an diesem Verbrechen und überdies wegen Verbrechens der Verleitung zur falschen Zeugenaussage angeklagt ist.

Am 8. September 1910 wurde nämlich der Beamte des polnischen Schulvereins, Stanislaus Rybak in Krakau, auf offener Straße durch den Angeklagten Trudnowski erschossen. — Trudnowski wurde angehalten und verhaftet. Er gab bei der Polizei und vor dem Untersuchungsrichter an, daß er den Rybak getötet habe, weil er vom „Arbeiterbund des Königreiches Polen“ dazu den Auftrag erhalten habe. Zwei Tage vor der Grunwaldfeier habe ein ihm unbekannter Mann ihm ein versiegeltes Couvert übergeben, das das Todesurteil Rybaks enthielt. Es hieß in diesem Briefe: „Es wird hiermit eröffnet, daß Rybak ein Spitzel und Provokateur ist und es Pflicht eines jeden Polen und Katholiken ist, einen solchen Verräter des Vaterlandes zu töten“. Das Todesurteil war mit dem Siegel des Bundes und dem Buchstaben „S“ gefertigt.

Der Angeklagte Sadowski soll den zaghaften Trudnowski zur Ausführung der Tat angeeifert und ihm den Revolver eingehändigt haben.

Rybak war nämlich nicht nur Beamter des polnischen Schulvereins in Galizien, sondern hatte auch Beziehungen zum „Arbeiterbund des Königreiches Polen“ in Rußland, welcher sich ebenfalls die Gründung eines großpolnischen Reiches zum Ziele setzt. Dem Rybak wurde aber vorgeworfen, daß er des Geldes wegen einige solche Hochverräter des „Arbeiterbundes“ an die russische Regierung verraten habe, und deshalb wurde er vom Arbeiterbund als Spion zum Tode verurteilt.

Die Frau des Rybak erklärte jedoch als Zeugin vor Gericht, daß ihr Mann kein Verräter der allpolnischen Sache war; sie sagte: „Wenn ich überzeugt wäre, daß mein Mann wirklich ein Spion in russischen Diensten gewesen ist, würde ich über sein Grab hinaus ihn verfluchen, würde ich mein Kind lehren, den Vater zu hassen, ihn zu vergessen. — Mein Mann ist jedoch ganz unschuldig, er ist als ein Opfer gefallen.“

Befragt, wie sie ihren Mann kennen gelernt habe, gibt sie an, sie habe ihren Mann Anfang 1906 in Sosnowice, wo sie an der Fabriksschule Lehrerin war, kennen gelernt. Sie habe ihre frühere Stellung in Kalisch in Russisch-Polen verlassen müssen, weil sie für die Einführung der polnischen Sprache agitiert hatte. Sie kam nun nach Sosnowice, wo sie ihren Mann kennen lernte, der als Delegat und Agitator des „Arbeiterbundes“ mit ihr zu tun hatte. Sie erklärt, daß ihr schon lange das Programm der Arbeiterpartei sympathisch war. Sie war von der Idee des Verbandes entzückt. Ihr künftiger Gatte opferte sich für die Idee und widmete seine ganze freie Zeit, um für die polnische Gesellschaft zu wirken. Ihr künftiger Gatte habe sie zu den Versammlungen mitgenommen. Sie mußte arbeiten, wie jede andere Angehörige der Partei. Sie sei auch dann dem Arbeiterbunde beigetreten. Ich war — erklärte die Zeugin — schon vorher eine gute Polin, allein die Ideen meines Mannes haben meine Liebe zum Polentum und zum Vaterlande zu einer ganz ungeahnten Höhe gebracht. Ich wollte mich ganz nach dem Beispiele meines Mannes richten. — Allerdings erforderte das schwere Arbeit, viel Zeit und Mühe; allein, mein zukünftiger

Mann sagte mir: Wir haben nicht das Recht, für uns persönlich zu leben; es ist Pflicht, sich dem Volke zu opfern. Ich wurde dann seine Braut.“

Sei dem nun so oder so, ob Rybak die allpolnischen Hochverräter verraten hat oder nicht —, die Tatsache steht fest, daß Rybak Beamter des polnischen Schulvereins in Galizien war und gleichzeitig einem hochverräterischen geheimen allpolnischen Bunde in Rußland angehörte. Der Prozeß gibt der österreichischen Regierung wohl zu denken.

Ein zweiter polnischer Schmutzprozeß begann am 13. März l. J. vor dem Tarnobrzeger Bezirksgerichte. Der allpolnische Reichsratsabgeordnete Adalbert Wioncek hat den jüdischen Großgrundbesitzer und Vorsitzenden der polnischen Volkspartei, Moses Kanarek, angeklagt, weil letzterer in einer Versammlung erzählt haben soll, daß die Abgeordneten Paduch und Wioncek ihre Stellung insofern mißbraucht haben, als sie von Schänckern Geld annahmen, um ihnen neue Schanckkonzessionen zu erwirken, und ihnen als Sicherheit Wechsel ausstellten. Einen solchen, vom Abgeordneten Wioncek unterschriebenen Wechsel wies er damals vor und erklärte, daß solche Wechsel über Beträge von mehr als 100 000 Kronen existierten.

Bekanntlich kam die Angelegenheit bereits im Polenklub zur Besprechung, wobei auch gegen den Abgeordneten Stapinski, den Obmann-Stellvertreter dieses Klubs, schwere Anwürfe erfolgten, ohne daß sich bisher weder der Polenklub noch Herr Stapinski zu einer Klarstellung der Angelegenheit, die ein Streiflicht auf die Wirtschaft polnischer Abgeordneten wirft, entschlossen.

In der Verhandlung erklärte sich der Angeklagte Kanarek nichtschuldig und bot den Wahrheitsbeweis an. Der Richter schränkte aber die Beweisführung möglichst ein, um das Hineinziehen weiterer Personen in die Schmutzaffäre zu verhüten.

Kanarek legte eine umfangreiche Korrespondenz des Abgeordneten Paduch vor, aus der hervorging, daß letzterer von einer Reihe von Personen sich Geld für die Erwerbung von Schanckkonzessionen zahlen ließ. Ebenso führte der Angeklagte mehrere Personen an, die bestätigten, daß der Kläger gemeinsam mit Paduch höhere Wechsel für das Versprechen von Konzessionen unterschrieben habe.

Interessant war die Feststellung, daß der Abgeordnete Wioncek öffentlich gegen die Juden hegte und im stillen Geld von ihnen nahm.

Die Verhandlungen wurden schließlich auf den 3. April l. J. vertagt.

Deutschtum und Polentum in politisch-konfessioneller Bedeutung.

Von Dr. J. Altkemper.

Mit einem Geleitwort von Graf Hoensbroech.

Verlag von Duncker und Humblot.

In der neueren deutschen Polenliteratur füllt die vorliegende Schrift eine stark empfundene Lücke aus. Ihr Wert liegt in der Wiedergabe eines reichen Tatsachenmaterials wider das auch von deutschen Katholiken oft gebrauchte Schlagwort „Germanisierung ist Protasantisierung“, durch das die Ansiedlungspolitik Preußens im Osten in Mißkredit zu bringen versucht wird. Wofür übrigens äußerlich und oberflächlich beurteilte Ziffern Belege zu liefern scheinen. Es gelingt dem Buche, unwiderleglich festzustellen, daß die Ansiedlungsbehörden sich nicht in antikatholischem Sinne betätigten; freilich machten es die bei der Ansiedlung maßgebenden nationalen Beweggründe notwendig, bei der Besiedlung

protestantische Ansiedler stärker zu berücksichtigen. Was nur selbstverständlich ist. Man muß nur aus eigener Anschauung die geringe Widerstandsfähigkeit eines deutschkatholischen Bauers gegenüber der Polonisierung kennen. Nicht nur die Reichsdeutschen, auch, und noch viel mehr die österreichischen Deutschen können in Galizien davon erzählen. Die protestantischen Dörfer haben fast durchgehends ihre reindeutsche Eigenart bewahrt, zahlreiche deutschkatholische Kolonien aber, von den verstreuten Familien gar nicht zu reden, sind bereits im Polentum aufgegangen. — Es wäre am Platze, gerade jetzt bei dem Streite, ob das Entseignungsgesetz in Preußen in Kraft treten sollte oder nicht, darauf hinzuweisen, daß man in Österreichisch-Polen systematisch die Deutschen durch die Barenthaltung von Schulen, durch wirtschaftliche und kulturelle Unterdrückung, vielfach wider den strikten Wortlaut der Gesetze, ihrer Sprache und ihres Volkstumes entseignet, daß hier Unrecht wider die Gesetze geschieht. Die in dem vorliegenden Buche angeführten Beispiele unchristlicher, chauvinistisch-nationaler Betätigung polnischer Geistlicher in Posen fänden eine wertvolle Ergänzung in jüngsten Vorkommnissen in Galizien. Überhaupt wäre es wohl angezeigt, einmal in der reichen Polenliteratur gesammelt und dokumentarisch die Behandlung der Deutschen in Galizien durch die Polen zu behandeln. Eckfried.

Die deutschen Kolonisten in Polje bei Dervent (Bosnien)

übersenden durch ihren Schulobmann dem „Verein für das Deutschtum im Auslande“ Dank und Grüße. —

Dem schlichten, warmherzigen Schreiben entnehmen wir, daß die kleine Kolonie aus 12 Familien mit 94 Seelen und 18 schulpflichtigen Kindern besteht, aus dem Reg.-Bezirk Koblenz und von deutschen Gemeinden in Galizien her stammt und römisch-katholischer Konfession ist. — 1881 siedelten sich diese Familien zuerst in der Kolonie Windhorst an, wanderten aber im Jahre 1904 nach Polje weiter, da fast kein Land in ersterer Gegend zu erhalten war. Polje liegt eine Stunde von Dervent, welches die Pfarrei und woselbst sich die öffentliche, unentgeltliche Schule befindet, aber in letzterer wird — so schreibt der Schulobmann — kein Deutsch gelehrt, denn dort hin gehen alle durcheinander, Türken, Serben usw. Infolgedessen gründeten sich diese 12 Familien selbst eine kleine Schule in ihrem Orte, in welcher einer der Jhrigen gegen eine monatliche Entschädigung von 10 Gulden die Kinder in der Muttersprache unterrichtet. Die eigene deutsche Schule und ein eigener Friedhof wurde der kleinen Gemeinde von der Regierung bewilligt, jedoch ohne jede staatliche Unterstützung. Obwohl 30 Jahre verflossen, daß diese Familien die Rheingegend verließen, um im fernen Bosnien sich niederzulassen, ist ihre Liebe zum deutschen Vaterlande nicht erloschen. Sehnsucht nach der alten Heimat geht aus dem Schreiben deutlich hervor. — Mit dem patriotischen Rufe: „Gott erhalte S. M. Wilhelm II. und das gesamte treue deutsche Volk!“ schließt im Namen der Kolonisten Poljes der derzeitige Schulobmann sein Dankeschreiben.